

Besprechungen

Herbert Schack: Wirtschaftsleben und Wirtschaftsgestaltung. Die Grundlagen der Wirtschafts- und Sozialphilosophie. Berlin 1963. Duncker & Humblot. 216 S.

Dem Schattendasein in den akademischen Lehrplänen, das die Wirtschaftsphilosophie im Zeitalter werturteilsfreier Nationalökonomie führt, entspricht der Mangel an geeigneten Lehrbüchern dieser Disziplin. Es gibt zwar viele Abhandlungen über wirtschaftsphilosophische (insbesondere sozialetische) Einzelprobleme, und auch an ausführlichen geschichtlichen Darstellungen ist kein Mangel. Wer sich aber über das akademische Pflichtpensum von Karl *Marx* und allenfalls noch Walter *Eucken* hinaus Gedanken über das Warum und Wozu von Wirtschaft und Gesellschaft machen möchte, wird nur schwerlich einen kurzen Leitfaden finden, der ihm den Zugang zu den Problemen der Wirtschaftsphilosophie erleichtern könnte.

Schacks Buch ist nicht nur ein Versuch, diesem Mangel abzuhelfen. Seine Einführung ist gleichzeitig Entwurf und Gliederung eines sozial- und wirtschaftsphilosophischen Systems, das den Gegenstand methodisch und systematisch, d. h. im Zusammenhang der Hauptprobleme, entwickelt und darstellt. Einen Überblick über die Probleme der Wirtschafts- und Sozialphilosophie und die Methoden philosophischen Denkens geben die beiden ersten Kapitel des Buches: „Der Weg zur Wirtschafts- und Sozialphilosophie“ (S. 15—35) — dieses Kapitel wurde im 82. Jahrgang dieses Jahrbuchs vorab gedruckt — sowie das Kapitel „Das Wesen der Sozialökonomie“, S. 36—58.

Grundthema der Wirtschafts- und Sozialphilosophie ist für Schack das durch Erfahrung und Wissenschaft fixierte Verhältnis der Menschen untereinander und zu den Gütern (vgl. S. 54—58). Ausgangspunkt einer grundsätzlichen sozialökonomischen Betrachtung sind daher nicht die menschlichen Bedürfnisse, sondern der den Gütern und Diensten zugewandte Bedarf. Von dieser Grundlage aus (die Schack in seinen Ausführungen zur Phänomenologie der Sozialwirtschaft S. 48 ff. und 109 ff. näher umreißt) ergibt sich dann zwanglos die morphologische Frage, welche Formen das Verhältnis zwischen Mensch und Gut annehmen kann, und die ontologische Frage, in welcher Existenzweise Mensch und Gut wirklich „da sein“ können.

Folgerichtig wirft Schack im 3. Kapitel (Grundformen der Sozialökonomie, S. 59—101) die Frage nach den wesentlichen Ordnungsformen der Sozialökonomie auf. In jeder Wirtschaftsordnung kommen verschiedene Ordnungsmöglichkeiten zum Ausdruck, wenngleich realiter in sehr unterschiedlicher Ausprägung und Rangordnung. Schack unterscheidet drei grundsätzliche Möglichkeiten der Ord-

nung des Verhältnisses von Mensch und Gut: die *natürliche* (das ökonomische Verhalten des Menschen ist überwiegend emotional), die *rationale* (für den Menschen gibt es nur sachliche Berührungen, Bindungen und Verbindungen, er kennt keine letzten Einheiten, Wesenheiten oder Substanzen, vgl. S. 81) sowie schließlich die *normative* sozialökonomische Lebensordnung, die auf Verantwortlichkeiten verschiedenster Art beruht: in der Mitmenschen, Familie, Volk, Staat, Nation etwas fordern, das zu erfüllen Pflicht ist (Ordnung durch äußere Selbstverantwortung, vgl. S. 91). Das 4. Kapitel (S. 102 bis 157) behandelt dann die sozialökonomische Existenzwirklichkeit von Gut und Mensch und das letzte Kapitel die Frage der zweckmäßigen und vernünftigen Gestaltung der Sozialökonomie, also das Problem der Wirtschafts- und Sozialethik (S. 161—199).

Schacks „Grundlagen“ sind als systematischer Ausgangspunkt möglicher und wünschenswerter weiterer, mehr auf Detailfragen eingehender Gesamtdarstellungen wie als didaktisch geglückte Einführung in die Sozial- und Wirtschaftsphilosophie gleichermaßen wertvoll. Die didaktischen Qualitäten des Buches werden vermehrt, weil Schack die Mühe nicht scheut, die wichtigsten philosophischen Fachausdrücke gründlich zu erklären, so daß auch Leser ohne philosophische Vorbildung leicht in die behandelten Problemkreise eindringen können. Besonders anregend ist auch, daß Schack von den Problemen der Wirtschafts- und Sozialphilosophie immer wieder zu verwandten Problemen der (insbesondere zeitgenössischen) Philosophie hinführt. Dies gilt besonders für die ontologischen Abschnitte des Buches, wo Schack den Leser bei der Behandlung der für das Verständnis und die praktische politische Gestaltung der sozialökonomischen Lebenswirklichkeit grundlegenden Frage nach der subjektiven Realität des Menschen mit den Ideen von *Rousseau* und *Marx* bis zu *Nietzsche*, *Spengler*, *Bloch*, *Rudolf Eucken* und *Teilhard de Chardin* vertraut macht.

Schumpeter meinte einmal, wir müßten weniger philosophieren, um als Ökonomen mehr leisten zu können. Schacks anregendes Buch bestärkt die Vermutung, daß der Satz im Zeitalter der globalen Auseinandersetzung um die „richtige“ Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung umgekehrt eher richtig sein dürfte. Hans H. Lechner, Berlin

A. C. Crombie: Von Augustinus bis Galilei. Dt. v. H. Hoffmann und H. Pleus. Köln und Berlin 1964. Verlag Kiepenheuer & Witsch. XXIII, 637 S., LXIII Tafeln.

Das Ziel, das sich der Autor gesetzt hat, ist die Darstellung der Geschichte der abendländischen Naturwissenschaft von ihrem Verfall nach dem Zusammenbruch des Weströmischen Reiches bis zu ihrer erneuten Blüte im 17. Jahrhundert. In dieser Absicht ist Crombie, wie er selbst betont, kein Einzelgänger. Seit etwa 50 Jahren sind eine ganze Reihe von Untersuchungen erschienen, die sich mit dieser Thematik beschäftigen. Im Rahmen dieser Arbeiten liegt die Bedeutung des vorliegenden Buches darin, daß der Autor einen zusammen-

fassenden Überblick zu geben versucht. Der Erfolg, dessen sich das Werk seit dem Erscheinen der englischen Erstausgabe im Jahre 1952 erfreut, liegt in diesem Ansatz begründet. Dem Leser, der eine allgemeine Orientierung über die Entwicklung der Naturwissenschaften in der Zeit vom 12. bis zum 17. Jahrhundert sucht, wüßten wir kein besseres Buch zu empfehlen.

Crombie beginnt mit einer knappen Darstellung der Ideen, die bis zum 12. Jahrhundert das Naturverständnis im christlichen Teil Europas bestimmen. Daran schließt sich ein Überblick über die griechischen und arabischen Quellen, gefolgt von einer Darstellung des naturwissenschaftlichen Denkens, wie es sich aus der Rezeption dieser Quellen im 13. Jahrhundert ergibt. Die wichtigsten technischen Errungenschaften, durch die sich das Mittelalter von der Antike unterscheidet, sind Gegenstand des folgenden Abschnitts. In den beiden anschließenden Kapiteln wird diese Darstellung bis in das 17. Jahrhundert, in die Zeit der *Descartes*, *Newton*, *Galilei*, fortgesetzt. Das Werk schließt mit einem Abschnitt, der in der englischen Ausgabe mit ‚The Scientific Revolution and the Nature of Science‘, in der deutschen mit ‚Philosophie der Wissenschaft und Naturauffassung in der naturwissenschaftlichen Revolution‘ überschrieben ist. Hier wird die Betrachtung bis zur Erkenntnistheorie *Kants* ausgedehnt.

Die Leistung des Autors, ein so ausgedehntes und vielverzweigtes Tatsachenmaterial überschaubar gemacht zu haben, wird man nicht gering veranschlagen dürfen. Der Leser wird jedoch, bei aller Bewunderung für die hier gezeigte Gelehrsamkeit, gut daran tun, sich gegenwärtig zu halten, daß eine solche Darstellung mit Notwendigkeit die Zusammenhänge vereinfachen muß. Die Beantwortung der Frage, ob diese Vereinfachung zu weit getrieben wurde oder nicht, muß von dem Zweck abhängen, zu dem das Buch benutzt wird. Wer sich über bestimmte Tatsachen orientieren will, ohne deshalb auf Spezialstudien und oft weit verstreutes Material zurückgreifen zu können, wird hier eine gute Hilfe finden. Anders ist es jedoch, wenn man nach der Entstehung der modernen Wissenschaft fragt. Hier wird man Zweifel daran haben, ob nicht die Darstellung, die Crombie gibt, zu glatt ist. Die Kontinuitätsthese, die Crombie vertritt, ist nicht unbestritten, ebenso wie die unproblematische Ableitung des Positivismus aus dieser These.

Genügt es, *Galilei*, *Newton* und *Descartes* als Erben von *Grosseteste* und *Roger Bacon* zu begreifen? Ist *Wilhelm von Occam* Vorläufer von *David Hume*? Kann man die wissenschaftstheoretischen Grundlagen von *Descartes*, *Kant* und *Comte* in einem Atemzug nennen? Ist der Übergang von der Frage nach den wahren Ursachen zu der Frage nach der richtigen Beschreibung von Phänomenen nur eine logische Konsequenz? Sind die Positivisten des 20. Jahrhunderts, bei denen nach einem Wort von *Koyré* „die Prahlerei an die Stelle der Resignation tritt“, wirklich die folgerichtigen Erben des 17. oder gar des 13. Jahrhunderts? Oder ist nicht gar die Entwicklung der Wissen-

schaften zu begreifen als eine im Sinne *Gehlens* „sekundäre objektive Zweckmäßigkeit“?

Wir werfen diese Fragen hier nur auf, um die Grenzen des vorliegenden Buches anzudeuten, die bei Crombie leider nicht deutlich werden. So wichtig und nützlich es in seiner Art ist, so bedenklich wäre es, sich über diese Fragen ein Urteil zu bilden, ohne einen Blick darauf geworfen zu haben, was etwa *Lenoble*, *Koyré* und *Solla Price* hierüber geschrieben haben.

Friedrich Jonas, Wolbeck

Hans Peter Kohns: Versorgungskrisen und Hungerrevolten im spätantiken Rom. (Antiquitas Reihe 1, Abhandlungen zur alten Geschichte, herausgegeben unter Mitwirkung von Viktor Burr und Johannes Straub von Andreas Alföldi, Band 6.) Bonn 1961. Rudolf Habelt. 240 S.

Nach dem Verfasser, dessen vorliegende Schrift seine erweiterte Dissertation ist, sind die häufig auftretenden Versorgungskrisen in Rom wie auch in anderen Großstädten der Antike noch nie Gegenstand einer eigenen Untersuchung gewesen. Eine möglichst vollkommene Erfassung des vorhandenen Materials für einen zeitlich und räumlich begrenzten Rahmen stellt er sich als erste Aufgabe für seine Arbeit. Für die Wahl des Zeitabschnitts war die relativ günstige Quellenlage entscheidend, „die m. E. ein ziemlich getreues Bild der damaligen Verhältnisse widerspiegelt“ (S. 22). Seine zweite Aufgabe ist die Zusammenfassung des Materials über Hungerrevolten, die oft im Gefolge von Versorgungskrisen auftraten. „Die dritte Aufgabe liegt in der Untersuchung der uns entgegnetretenden Phänomene“ (S. 22).

Die Darstellung umfaßt vier Abschnitte: Quellenlage, Versorgungskrisen, Hungerrevolten und deren chronologische Behandlung von 351 bis 402.

Kritisch nimmt *Kohns* zu den zur Verfügung stehenden Quellen Stellung. Wenn sie auch eine ziemlich lückenlose Zusammenstellung der in seinem Beobachtungszeitraum aufgetretenen Versorgungskrisen ermöglichen, so muß er doch auf die Beantwortung mancher wichtiger Fragen verzichten, weil die übermittelten Nachrichten nur selten klare und sichere Einsichten in konkrete Tatbestände vermitteln. Das trifft für die Ausmaße der Versorgungskrisen zu. Von den Versorgungsstörungen ist ihm, so meint er S. 32, kaum eine bedeutende entgangen, dagegen fehlen Nachrichten über eine Reihe von Hungersnöten, obgleich sie in der Regel bei Versorgungskrisen nicht ausblieben. Der Unterschied zwischen Hungersnöten, Versorgungskrisen und -störungen durchschnittlichen Grades ist im einzelnen nicht feststellbar. *Kohns* weist S. 59 darauf hin, daß die Terminologie der antiken Autoren hier uneinheitlich und zweideutig ist.

Der Ausdruck Versorgungskrise umfaßt Versorgungsstörungen, angefangen von einer Teuerung bis zur Hungersnot. Sie ergaben sich aus einer unzureichenden Belieferung des nicht durch eine kapitalistische Produktionsweise entstandenen städtischen Proletariats mit Brot,

Öl und Wein. Beim Mangel an Wein kann man nach dem Verfasser nicht von Hungersnot sprechen, allenfalls noch beim Mangel an Öl. Er weist darauf hin, daß wir aber auch nicht einmal wissen, ob und wie weit jeweils die Brotverteilung und der Verkauf subventionierten Brotes eingestellt werden mußten. Es folgt die Behandlung der Versorgungskrisen, also der Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung des staatlichen Versorgungsplanes ergaben. Diese Krisen, so meint er S. 62 Anm. 145, nahmen wohl kaum die Ausmaße mittelalterlicher Hungersnöte an. Er geht dann auf die von Regierung und Stadtverwaltung unternommenen präventiven und subsidiären Gegenmaßnahmen ein.

Im dritten Teil behandelt Kohns die Hungerrevolten, über deren Ausmaß wenig Quellen vorliegen. Sie bildeten nur einen Teil der fortwährend in Rom auftretenden Unruhen. Ihre Anlässe und Ursachen sieht er vorwiegend in den Versorgungsstörungen. Er weist S. 88 darauf hin, daß die Frage nach anderen Ursachen der Hungerrevolten, soweit in der Literatur überhaupt darauf eingegangen wird, verschieden beantwortet wurde. „Die Hungerrevolten waren ... nicht Anzeichen des Klassenkampfes, sondern letztlich Ausbrüche einer über das Versagen der staatlichen Lebensmittelversorgung erregten Menge. Sie beruhten also wesentlich auf den zahlreichen Versorgungskrisen und der Zusammenballung einer mittellosen, reizbaren plebs frumentaria in einer Großstadt“ (S. 217). Vielfach lag überdies nicht ein absoluter Mangel, sondern eine Teuerung vor, die schwerwiegende Folgen für die mittellose Bevölkerung haben mußte. Auch hier werden die getroffenen Gegenmaßnahmen geschildert.

Im 4. Teil bringt der Verfasser eine nach Präфекten chronologisch geordnete Übersicht der stadtrömischen Versorgungskrisen und Hungerrevolten. Die hier gebrachten 36 Abschnitte sind je nach dem vorhandenen Quellenmaterial und dem Auftreten oder Nichtauftreten von Versorgungsstörungen und Hungerrevolten verschieden umfangreich. Am Ende des Buches befinden sich eine Zeittafel, ausführliche Quellen- und Literaturnachweise, Nachträge und ein Register.

Der Verfasser hat mit großem Fleiß die erreichbaren Quellen und die einschlägige Literatur für sein Thema zusammengetragen und gut ausgewertet. Mehrfach setzt er sich ganz geschickt mit widerstreitenden Meinungen auseinander. Die vielen, freilich notwendigen Zitate erschweren die Lektüre der Schrift. Immerhin findet der Leser in ihr mancherlei Anregendes. Wenn sie sich auch nur auf einen kurzen Zeitraum beschränkt, so stellt sie doch einen wertvollen Beitrag zur Sozialgeschichte Roms dar. Bruno Schultz, Berlin

Gernot Gutmann, Joachim Hochstrate, Rolf Schlüter: Die Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik Deutschland. (Heft 4 der Schriften zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme, hrsg. von Paul Hensel). Stuttgart 1964. Gustav Fischer Verlag. V/543 S.

Die Teamarbeit einiger junger Wissenschaftler hat hier eine Entwicklungsgeschichte der Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik seit

jenen Tagen der wirtschaftlichen Anarchie des Jahres 1945 bis in die Gegenwart entstehen lassen, die das Werden und die ordnungspolitischen Grundlagen dieser Wirtschaftsverfassung umfassend darstellt. Die Verfasser wollen die rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe analysieren, die bei der Betrachtung des „Wirtschaftswunderlandes“ in aller Welt nur zu leicht übersehen werden, wenn sie überhaupt bekannt sind. Bei der Lektüre wird deutlich, welch ein umfangreicher gesetzgeberischer Aufwand in den vergangenen Jahren im Bereich der Geld- und Kreditpolitik der Wohnungs- und Sozialpolitik, der Außenhandelspolitik usw. nötig war, um den Begriff der sozialen Marktwirtschaft — ohne daß das Wort „sozial“ nur schmückendes Beiwerk bleibt — mit Leben zu erfüllen. Aus einer an Geist und Körper kranken Wirtschaft bei Kriegsende galt es, realisierbare Konzeptionen einer neuen Wirtschaftsordnung zu entwickeln, wobei gleichzeitig die großen Hypothesen der Vergangenheit, Währungsreform und Lastenausgleich, abzutragen waren. Die gefundene und in der gesetzgeberischen Arbeit des Parlamentes zur Wirtschaftsverfassung ausgebildete neue Grundkonzeption hatte nicht nur die Startschwierigkeiten der deutschen Wirtschaft nach 1945 zu überwinden, sondern mußte auch der sich weiterentwickelnden Wirtschaft unter Berücksichtigung aller ihrer Besonderheiten und neu entstehenden Schwierigkeiten einen festen Rahmen geben. Diese Ordnungsproblematik wird gerade bei bestimmten, durch eine Sonderstellung ausgezeichneten Märkten wie dem Verkehrs-, Agrar- und Wohnungsmarkt deutlich. Mit diesen Wirtschaftszweigen haben sich die Verfasser besonders eingehend auseinandergesetzt und liefern dabei gleichzeitig eine wirtschaftsgeschichtliche Untersuchung dieser Bereiche für die Zeit nach 1945 bis zur Eingliederung in die EWG. Dem Bemühen, die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik in ihren Gesamtzusammenhängen zu analysieren, darf eine Betrachtung aller marktregelnden und wettbewerbsordnenden Gesetze nicht fehlen. Der Abschnitt über die rechtspolitischen Regelungen des Marktgeschehens gibt hier kurz und zutreffend gerade auch dem Leser, der nicht Wirtschaftsfachmann ist, einen guten Überblick, was unter Wettbewerbsordnung zu verstehen ist. Bei der immer wieder anzutreffenden Unkenntnis bei der Masse der am Wirtschaftsleben teilnehmenden Menschen über die Ordnungsprinzipien, die unseren Wirtschaftsablauf gestalten, und die wirtschaftlichen Zusammenhänge kann die Lektüre einer zusammenfassenden Übersicht, wie sie das vorliegende Buch bietet, nur empfohlen werden. Es bleibt noch festzustellen, daß reiche Literaturangaben — deren Zusammenfassung man allerdings vermißt — sowie Sach- und Personenregister das Werk ergänzen.

Harald Winkel, Mainz

Wassily Leontief: Input-Output-Economics. New York 1966. Oxford University Press. 257 S.

Die Input-Output-Analyse ist heute sowohl akzeptiertes methodisches Werkzeug der Wirtschaftspolitik als auch Gegenstand des aka-

demischen Unterrichts. Was die praktische Anwendung dieser Untersuchungs- und Planungsmethode und die damit verbundenen manchmal sehr speziellen Probleme angeht, so kann man auf eine stattliche Anzahl von Veröffentlichungen zurückgreifen, die zum großen Teil aus der praktischen Arbeit mit diesem Instrument entstanden sind. Die beiden Bücher Leontiefs stehen hierbei zweifellos an erster Stelle. Anders steht es mit wirklich guten Texten für den akademischen Unterricht. Hier war lediglich das Werk von *Chenery-Clark*, *Inter-industry Economics*, das wesentliche und zugleich hervorragende Lehrbuch zur Einführung in dieses Konzept, das sowohl für die Wirtschaftstheorie (Produktionslehre) als auch für die Wirtschaftspolitik (Planung) von so großer Bedeutung ist. Die nun vorliegende Aufsatzsammlung ist eine willkommene Ergänzung. Sechs der insgesamt elf Aufsätze sind durchaus auch für den Nichtökonom verständlich; ein Teil davon erschien in der Zeitschrift „Scientific American“. In seinem Aufsatz „The Structure of Development“ (1965) zeigt sich Leontief als hervorragender Didakt; zusammen mit dem nur 20 Seiten langen Abschnitt „Input-Output-Analysis“ ergibt sich schon eine keineswegs nur oberflächliche Einführung.

Neben diesen sechs allgemeinen Artikeln sind noch fünf weitere abgedruckt, die etwas tiefer in die Problematik führen: Input-Output-Analyse zur Untersuchung der US-Außenhandelsstruktur, Probleme regionaler und multiregionaler Input-Output-Analyse, Einflüsse von privaten Nachfrageänderungen und öffentlicher Ausgabegebarung auf das Beschäftigungsniveau in den verschiedenen Wirtschaftssektoren. Hier wird schon einiges vorausgesetzt, auch hinsichtlich des Verständnisses der mathematischen Darstellungsweise. Insgesamt unterscheiden sich die hier zusammengestellten Aufsätze jedoch beträchtlich von den oft wesentlich komplizierteren, rein technischen Abhandlungen zu diesem Gegenstand. Sie brillieren vielmehr mit ihrer didaktisch überzeugenden Anlage: Damit liegt nun ein zweites ausgezeichnetes Lehrbuch für die Input-Output-Analyse vor.

Werner Meißner, Darmstadt

Hartmut Berg: Ökonomische Grundlagen der Bildungsplanung. (Forschungsbeiträge der Adolf-Weber-Stiftung, Bd. 1.) Berlin 1965. Duncker & Humblot. 170 S.

Die vorliegende Arbeit, eine gründliche und dennoch verständliche Einführung in den gegenwärtigen Stand der bildungsökonomischen Diskussion, enthält an theoretischen Gedanken nichts wesentlich Neues. Dies mindert jedoch ihren Wert keineswegs. Auf dem behandelten „Modegebiet“, das noch weitgehend von gewagten Spekulationen ohne hinreichende methodische Fundierung beherrscht wird, ist die vorgenommene Beschränkung der Aufgabenstellung auf eine Bestandsaufnahme und Kritik vorhandener Ansätze außerordentlich vordringlich und verdienstlich. Die bereits jetzt sehr umfangreiche Literatur zur Bildungsökonomik wird nüchtern und undogma-

tisch auf ihre theoretische und praktische Fruchtbarkeit überprüft. Die Ergebnisse lassen sich wie folgt skizzieren:

1. Die Kapitalanalogie der Bildungsinvestitionen mag ein publizistisch fruchtbares Schlagwort sein; für die Nationalökonomie stellt sie so lange nicht mehr als eine Leerformel dar, wie nicht die ökonomischen Wirkungen der entsprechenden privaten und öffentlichen Aufwendungen auf Grund empirischer mikro- und makroökonomischer Untersuchungen nach den Gegenständen und Adressaten des Bildungsaufwandes disaggregiert und im einzelnen verfolgt werden.

2. Nach dem gegenwärtigen Stand der Forschung ist die empirische Aufteilung des Nutzens der Bildung auf Konsum und Investition nicht nur aus ermittlungstechnischen, sondern auch aus konzeptuellen Gründen unmöglich. Die Bewertung des konsumtiven Nutzens höherer Bildung sollte daher der politischen und privaten Willensbildung überlassen werden. Für die Untersuchung des ökonomischen Effekts bestimmter Ausbildungsgänge gelten jedoch diese Einschränkungen nicht. Hier sind empirische Untersuchungen des Leistungs- und Einkommensdifferentials zwischen verschiedenen hoch und gründlich Ausgebildeten sinnvoll und dringend erforderlich.

3. Rentabilitätsrechnungen für staatlich finanzierten Bildungsaufwand dagegen sind beim gegenwärtigen Stand der statistischen Information so sehr mit Unsicherheitsfaktoren behaftet, daß sie kaum als Informationsgrundlage für politische Entscheidungen dienen können. Dies ist im wesentlichen auf die mangelnde Ermittlungsfähigkeit der „external economics“ zurückzuführen. Die Leistungsentgelte können, wie Berg gezeigt hat, nicht auch nur annähernd als Grundlage für die Errechnung der volkswirtschaftlichen Produktivität von Bildungsaufwand dienen.

4. Notwendig für eine sinnvolle Bildungsplanung sind nicht etwa „Bedarfs“schätzungen — diese laufen stets Gefahr, die gegenwärtigen Ungleichgewichte in der Versorgung mit Ausgebildeten zu Normen zu erheben —, sondern eine detaillierte Darstellung der ökonomischen Konsequenzen verschiedener Ausbildungspolitik.

Das analytische Geschick des Verfassers wird besonders deutlich bei den Ausführungen über die Möglichkeiten und Grenzen einer Bildungsplanung und bei der Schilderung im Ausland bereits etablierter Planungspraktiken. Auch derjenige, der sich des Vorsprunges der amerikanischen Nationalökonomie auf vielen Teilgebieten unserer Wissenschaft bewußt ist, wird das vorliegende Buch begrüßen. Es stellt einen brauchbaren Ausgangspunkt für eine Richtung der Bildungsökonomie dar, die von vornherein die Einseitigkeiten der amerikanischen Veröffentlichungen auf diesem Gebiet vermeiden kann.

Burkhard Strümpel, Köln

Erich Schneider: Aufgaben und Übungen zur Wirtschaftstheorie. Tübingen 1965. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 144 S.

Diese Aufgabensammlung folgt im Aufbau der Gliederung des bekannten Lehrbuches desselben Autors. Deswegen und weil außerdem

die Lösungen der Aufgaben nicht bekanntgegeben werden, ist die Sammlung nur für den von vollem Nutzen, der „den Schneider“ zur Verfügung und nach ihm gelernt hat. Aber selbst dieser Kreis hätte es sicher begrüßt, wenn die Benutzung durch Anfügung eines Lösungsteils erleichtert worden wäre. Hubertus Adebahr, Berlin

Institut de Sociologie (Hrsg.): *Les problèmes de la planification. Etudes d'économie politique.* Brüssel 1962. Université Libre de Bruxelles. 264 S.

Langfristige Programmierung innerhalb der Marktwirtschaft. (Beihfte der Konjunkturpolitik, Heft 10.) Berlin 1963. Duncker & Humblot. 136 S.

Planung in der Marktwirtschaft. (Schriftenreihe der Friedrich Naumann-Stiftung, Nr. 7.) Stuttgart 1964. Deutsche Verlags-Anstalt. 275 S.

John van Waterschoot: Fünf Jahre Wirtschaftsprogrammierung in Belgien. (Kieler Vorträge, NF 34.) Kiel 1965. 18 S.

Pierre Dieterlen: Stabilisierungsplan und Einkommenspolitik in Frankreich. (Kieler Vorträge, NF 31.) Kiel 1964. 14 S.

Da das wirtschaftspolitische Leitbild der EWG-Mitgliedstaaten nicht einheitlich ist und da die EWG-Kommission in ihrem im Herbst 1962 veröffentlichten Aktionsprogramm eine langfristige Programmierung vorschlug, ist seit mehreren Jahren eine heftige Diskussion im Gange, ob und inwieweit zentrale Planung in einer freien Wirtschaft möglich und sinnvoll ist und welcher Wirtschaftsordnung im Gemeinsamen Markt der Vorzug gegeben werden soll. Einerseits wird von der EWG-Kommission eine marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftspolitik, bei welcher entsprechend der deutschen Sozialen Marktwirtschaft der Wettbewerb als Ordnungsfaktor wirksam wird, als geeignete Wirtschaftsordnung zur Erreichung der EWG-Ziele betrachtet, andererseits wird von ihr eine gemeinsame Wirtschaftspolitik in Form einer mittel- oder langfristigen prognostizierenden Programmierung gefordert. Diese Programmierung ist weitgehend der französischen Wirtschaftsordnung, der „*économie concertée*“, nachempfunden, in der neben dem Wettbewerb insbesondere der Plan als Ordnungsfaktor und geeignetes Instrument zur Erreichung wirtschaftspolitischer Ziele angesehen wird.

Bei einer Tagung des *Instituts für Soziologie an der Universität Brüssel* (1962) wurden Probleme der Ziele, der Durchführung, der Institutionen, der Anwendung und des Nutzens der Planification behandelt. Hier finden sich Beiträge von B. Cazes (Demokratie und Plan), Henri Janne (Soziologische Probleme der Planification), Paul Lambert (Typen der Programmierung), van Meerhaeghe (Indikative Planification), John van Waterschoot (Regionale und nationale Programmierung), Susini, P. De Wolff (Durchführung der Planification in Frankreich und den Niederlanden), François Perroux, G. Della Porta, A. Kervyn de Lettenhove (Erfahrungen und Probleme der

Planung in Frankreich, Italien und Belgien), Zénaïde Franck-Ossipoff, Jean Waelbroeck (Institutionelle Organisation und die Probleme der sowjetischen Planung). Die Problematik der nationalen Planung im Hinblick auf die europäische Integration wurde von Pierre Millet beleuchtet. Die Referenten beschäftigten sich insbesondere mit Fragen der Planungstechniken im weitesten Sinn (Fixierung und Abstimmung der Ziele, Erstellung und Durchführung der Pläne). Darüber hinaus wurde versucht, die Nützlichkeit einer längerfristigen Rahmenplanung für die Verwirklichung des Strebens nach wirtschaftlichem Wachstum zu beweisen.

Die *Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute* erörterte auf ihrer 26. Mitgliederversammlung (1963) die Problematik der langfristigen Wirtschaftsprogrammierung innerhalb der Marktwirtschaft. Zunächst berichtete Etienne Hirsch über einige Erfahrungen mit der Planification, der französischen mittel- und langfristigen Programmierung. Der Nutzen eines Planes wurde darin gesehen, daß ein wirtschaftliches Wachstum mit geringstmöglichem Aufwand erzielt wird. Ein Plan führe zu verringerten Interventionen der Staatsgewalt und verhindere Konjunkturunfälle, Inflationsgefahr oder Arbeitslosigkeit. In der EWG würden dadurch Elemente der Ungewißheit reduziert und ein Beitrag zum allgemeinen Wohlstand und zum sozialen Fortschritt geleistet. Diesen Thesen wurde von Alfred Müller-Armack das Programm der Sozialen Marktwirtschaft entgegengestellt. Insbesondere wurden die Fragen aufgeworfen, ob es sinnvoll ist, daß sich die Wirtschaft an zwei Plänen orientiert, an einem einzelwirtschaftlichen Plan und einem staatlichen Rahmenplan, und ob eine quantifizierbare Vorausberechnung eine qualitative Wirtschaftspolitik ersetzen kann. Hans Langelütke referierte über die Aufgaben der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute im Dienst der Wachstumspolitik.

In den Referaten und Diskussionsbeiträgen wurde versucht, das Problem der Grenzziehung zwischen Programmierung und Marktwirtschaft zu lösen. Darüber hinaus wurde insbesondere dem Problem nachgegangen, welche wirtschaftliche Gesamtordnung der Gemeinsame Markt haben sollte und auf welche Weise die unterschiedlichen Auffassungen über die Wirtschaftsordnung vereinbart werden können. Um das Dilemma der unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen in der EWG zu lösen, wurde als Synthese zwischen der französischen Planification und der deutschen Marktwirtschaft folgendes vorgeschlagen: 1. Die französische Methode langfristiger Programmierung soll bei den öffentlichen Investitionen der Infrastruktur verstärkt verwirklicht werden. 2. Die deutsche Methode der Nichteinmischung in die durch Rentabilitätsüberlegungen im Wettbewerb getroffenen Entscheidungen soll für die unternehmerischen Investitionen vorbehalten bleiben.

Auf einer von der *Friedrich Naumann-Stiftung* und der *Liberalen Weltunion* veranstalteten internationalen Arbeitstagung (1963) über Planung in der Marktwirtschaft wurde von Daniel Villey (Sind Wett-

bewerb und Planung vereinbar?) ein äußerst kritischer Beitrag über die Planification vorgetragen. Der französische Professor desillusionierte mit Erfolg die „Planungsmystik“, indem er insbesondere auf die nachteiligen psychologischen Auswirkungen auf das Unternehmerverhalten hinwies. — Andreas *Predöhl* stellte dagegen in seinem Referat (Die Rolle von Wettbewerb und Planung in der Wirtschaftsverfassung der westlichen Industriestaaten) die These auf, daß Planification eine bessere Orientierung für die Marktwirtschaft sei und daß eine „pragmatische Wirtschaftspolitik“, die nicht vom freien Wettbewerb ausgeht, vorzuziehen sei. Alfred *Jacobs* und Alec *Nove* referierten über die Rolle von Wettbewerb und Planung in Entwicklungsländern und in kommunistischen Ländern. Bertil *Ohlin* zeigte den vielseitigen Einfluß des öffentlichen Sektors. Trotz des hohen Anteils der öffentlichen Hände am Sozialprodukt (etwa 50 % in Westeuropa) wurde nur in der Einflußnahme auf den Kapitalmarkt ein echtes Risiko für die Marktwirtschaft gesehen. Eberhard *Günther* präzierte das grundlegende Programm der Wettbewerbsordnung. Hierbei wurden insbesondere die Zusammenhänge zwischen Freiheit und Macht betrachtet und Überlegungen angestellt, wie trotz wirtschaftlicher Machtkonzentration die Wettbewerbsfreiheit erhalten und ein aktives Unternehmertum gestärkt werden kann. In einem abschließenden Podiumsgespräch wurden verschiedene Probleme einer supranationalen Wirtschaftspolitik und die Grenzen einer „Planung im europäischen Wirtschaftsraum“ besprochen.

Zwei Vorträge ergänzen die Problematik und mögliche Konsequenzen einer Planung. Einmal berichtete John *van Waterschoot* über die Erfahrungen der Wirtschaftsprogrammierung in Belgien, wo seit 1959 eine indikative Programmierung veranstaltet wird, um das wirtschaftliche Wachstum zu beschleunigen. Zum anderen wurde der 1963 bekanntgegebene Stabilisierungsplan und die französische Einkommenspolitik von Pierre *Dieterlen* kritisch analysiert.

Ein Großteil der bei diesen Tagungen vorgebrachten Kritik an der Marktwirtschaft ergab sich aus dem Mißbehagen über die praktizierte marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß bei der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik die Ziele und die Rangordnung der Ziele nicht klar genug fixiert sind und die Durchführung der Wirtschaftspolitik eine Einheitlichkeit vermissen läßt. Ob diese Mißstände allerdings ausgerechnet durch eine Programmierung — wie gelegentlich angeregt wurde — beseitigt werden können, mag bezweifelt werden. Wie das Beispiel der französischen Planification zeigt, können sowohl bei der Planerstellung wie bei der Plandurchführung grundsätzlich die gleichen Mißstände auftreten. Die im Plan fixierten Ziele können — abgesehen von den möglichen Fehlentscheidungen der Planer und den Einflüssen zahlreicher, politisch bedingter Sonderinteressen — möglicherweise nur scheinbar klar fixiert sein. — Insgesamt vermitteln die zahlreichen Referate und Diskussionsbeiträge hervorragender Wissenschaftler und Politiker dem

wirtschaftspolitisch Interessierten und insbesondere den Gestaltern der europäischen Wirtschaftspolitik eine Fülle von vielseitigen Anregungen zu dem Thema der Wirtschaftsordnung auf nationaler und europäischer Ebene.

Hanjo Lell, z. Zt. Kabul

Erich Schneider (Hrsg.): Probleme der Einkommenspolitik. Tübingen 1965. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 215 S.

Die in diesem Sammelband enthaltenen Referate greifen verschiedene Aspekte der Einkommenspolitik auf und geben einen Überblick über die bisher in der Realität gewonnenen Erfahrungen. Obwohl sie nicht im einzelnen aufeinander abgestimmt sind, kann der Herausgeber im Vorwort feststellen: „Die Referate geben in ihrer Gesamtheit ein Bild des gegenwärtigen Standes der internationalen Diskussion über diesen Problemkreis, wie er in dieser Breite und Tiefe in der Literatur bisher nicht zu finden ist.“

Das heißt nicht, daß Begriffe und Einsatzmöglichkeiten der Einkommenspolitik von allen Autoren gleich abgegrenzt und beurteilt werden. Während *Vide-Pedersen* davon ausgeht, daß Einkommenspolitik nur ein anderer Ausdruck für Lohnpolitik ist, wird der Begriff der Einkommenspolitik von den meisten anderen Autoren als ein Instrument zur Erreichung wirtschaftspolitischer Ziele, insbesondere (oder nur) der Preisstabilität, angesehen. Ähnlich weit ist die Skala dessen, was man sich aus dem Einsatz der Einkommenspolitik verspricht.

Acht Aufsätze behandeln theoretische Probleme. Einleitend zeigt *Vide-Pedersen*, daß Preisstabilität durch Geld- und Finanzpolitik allein auf lange Sicht nicht erreicht werden kann — wenigstens wenn Vollbeschäftigung zur unumgänglichen Voraussetzung erhoben wird — und daß daher eine Einkommenspolitik erforderlich ist. Die Beweisführung mit Hilfe grenzproduktivitätstheoretischer Überlegungen ist allerdings nicht voll ausreichend.

Coulbois untersucht den Einfluß einer derartigen Politik auf Kapitalbildung und Wachstum. *Küng* versucht in seinem Aufsatz zu beweisen, daß Lohn- und Gewinninflation nicht parallel liegen und daher die Einkommenspolitik doch letztlich Lohnpolitik sei. Hier wie auch bei anderen, insbesondere bei *Rothschild*, wird wohl zu wenig berücksichtigt, daß die Gewinne nicht nur durch dirigistische Maßnahmen, sondern auch durch Beeinflussung der für die Gewinnhöhe relevanten Nachfrageströme begrenzt werden können und daß daher dort das Pendant zur Lohnpolitik gesucht werden muß. *Vide-Pedersen* versucht zu zeigen, daß unter der Voraussetzung der Vollbeschäftigung mit einem gegebenen Zahlungsbilanzsaldo auch die Lohnhöhe gegeben sei. Diese Schlußfolgerung ist jedoch abhängig von den gemachten Voraussetzungen, die aber nicht generell zutreffen und zudem beeinflußt werden können.

Neben den theoretischen Aspekten werden in fünf Aufsätzen die Erfahrungen mit der Einkommenspolitik in den Niederlanden, Groß-

britannien, Dänemark, Italien und Finnland behandelt. Den Abschluß bildet ein Referat von *de Wolff* über die Mitwirkung der OECD bei der Entwicklung und Verbreitung einkommenspolitischer Gedanken.

Alois Oberhauser, Freiburg

Ernst Dürr: Wirkungsanalyse der monetären Konjunkturpolitik. Frankfurt 1966. Fritz Knapp. 397 S.

Soll die „Wiederentdeckung der Geldpolitik“ von dauerhafter Wirkung sein, setzt das eine genaue Kenntnis der Möglichkeiten und Grenzen dieses konjunkturpolitischen Instrumentes voraus. Die Einsicht in die Wirksamkeit der monetären Konjunkturpolitik wird entscheidend gefördert, indem man die Hypothesen der Theorie an den Erfahrungen der Vergangenheit „testet“.

In dieser Zielsetzung ist der Schwerpunkt der Habilitationsschrift Dürrs zu sehen. Der Verfasser analysiert im Teil I die „strategischen Faktoren der monetären Konjunkturpolitik“, nämlich: Geldmenge, Zins und Liquidität der Wirtschaft. Im zentralen Teil II „soll untersucht werden, auf welche Weise und mit welchem Erfolg bisher versucht wurde, die strategischen Faktoren durch Mittel der monetären Konjunkturpolitik zu beeinflussen und hierüber auf die Konjunkturschwankungen einzuwirken“. Diese empirische Untersuchung wird für die USA, England und Deutschland (bzw. die Bundesrepublik) in der Zeit von 1920 bis 1960 unter vier Gesichtspunkten durchgeführt: Die Wirksamkeit der restriktiven Geld- und Kreditpolitik, a) zur Bremsung des Aufschwunges, b) in der Depression zum Ausgleich der Zahlungsbilanz; der Erfolg der expansiven Geld- und Kreditpolitik, a) zur Bekämpfung der Depression bzw. Konjunkturabflachung, b) in der Hochkonjunktur. Unter dem letzten Gesichtspunkt (Vollbeschäftigungspolitik im engeren Sinne) untersucht der Verfasser auch die Erfahrungen in Schweden und Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Teil III faßt die Ergebnisse der empirischen Analyse zusammen und ergänzt diese durch die Ermittlungen anderer Autoren.

Es ist unmöglich, die zahlreichen Ergebnisse dieser Untersuchung im einzelnen auch nur aufzuzählen. Als besonderes Verdienst Dürrs ist der Nachweis anzusehen, daß dem „strategischen Faktor“ Liquidität in zahlreichen gesamtwirtschaftlichen „Konstellationen“ überragende Bedeutung beizumessen ist. Von hier ist denn auch die Warnung des Verfassers zu sehen, die Konjunkturpolitik nicht oder doch nicht zu sehr auf die Geldmengenpolitik zu konzentrieren. Entsprechend fordert er am Schluß der Arbeit eine „Ausgestaltung des geldpolitischen Instrumentariums aufgrund der Liquiditätstheorie des Geldes“.

Dürr zeigt weiter, daß ein verspäteter Einsatz der restriktiven Geld- und Kreditpolitik leicht zu einer Übersteigerung des Aufschwunges führen und damit Ursache für Existenz und Ausmaß der nachfolgenden Rezession werden kann. Einer Politik des billigen Geldes wird jede Berechtigung abgesprochen, kann durch diese

Politik doch „nicht einmal das Ziel der Vollbeschäftigung völlig und ständig erreicht werden“ (S. 375).

Die monetäre Konjunkturpolitik erweist sich einmal mehr als schwierige Kunst, die neben genauer Einsicht in die gesamtwirtschaftliche Situation und unter Berücksichtigung der jeweiligen institutionellen Gegebenheiten außer einer richtigen Dosierung und Koordinierung der einzelnen geld- und kreditpolitischen Instrumente auch ein richtiges „timing“ erforderlich macht. Die Arbeit gewährt nicht nur einen tiefen Einblick in die Schwierigkeiten dieser Kunst (und warnt damit vor einer allzu sorglosen Handhabung!), sondern zeigt auch neue Möglichkeiten für einen zielgerechten Einsatz dieses Instrumentes auf. Damit leistet Dürr einen bedeutenden Beitrag zur Theorie und Praxis der monetären Konjunkturpolitik.

Otmar Issing, Würzburg

Hans Joachim Rieken: Die Beziehungen zwischen der Notenbank und den Trägern der Girossysteme. Eine Analyse unter dem Gesichtspunkt der Geldschöpfung. (Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, hrsg. v. Fritz Voigt, Band 26.) Berlin 1964. Duncker & Humblot. 170 S.

Die vorliegende Arbeit vermehrt die Literatur über die Geldschöpfung, ohne sie zu bereichern. Das Thema krankt an der Einschränkung auf Girossysteme, ein Mangel, der schon in der Einleitung vom Verfasser selbst verspürt wird, wenn er vom „Zusammenschluß von Kreditinstituten zu Girossystemen oder durch die Tätigkeit anderer Institute als Zahlungsnetze ...“ spricht (S. 9). Diese Verlegenheit zieht sich durch die ganze Arbeit; sie wird nicht dadurch behoben, daß der Scheckverkehr samt Scheckabrechnung unter Girossystem eigenmächtig und unbegründet (wenn nicht aus unsachlichen und durchsichtigen Gründen) mit erfaßt wird.

Man wird mit dem Begriff „System“ erschlagen oder wenigstens betäubt. Das Wort erscheint in einem einzigen Absatz neunmal, im folgenden Absatz achtmal, nämlich als Zentralbanksystem, Zahlungssystem, Girossystem, Zahlungsverkehrssystem bzw. als Gironetz, Zahlungsnetz, Filialnetz usw. (S. 11).

Fragt man nun nach dem Ergebnis, welches in der Zusammenfassung S. 149/152 als Antwort auf die in der Einleitung gestellten Fragen geboten wird, so stellt man fest, daß sich der Verfasser nirgendwo erklärt oder entscheidet. Er gibt ausweichende Antworten auf belanglose Fragen, wie etwa die, ob die Kreditinstitute mit ihren Gironetzen die Notenbank im Zahlungsverkehr ersetzen. Darauf erhält man die Antwort: „Die Kreditinstitute können mit ihren Gironetzen die Notenbank im Zahlungsverkehr nicht vollkommen ersetzen“ (S. 149). Die Väter der Reichsbank, die heute noch lebenden Anhänger einer damals verwirklichten Zentralbankidee und die Befürworter einer Verstärkung und Verbesserung der Zentralbankpolitik werden erleichtert aufatmen. In der Begründung zu dieser

Antwort wird gesagt, Notenbankguthaben seien wie Noten und Münzen allgemein umlaufsfähig und nur sie. Gerade bei solchen Hinweisen auf die Mitwirkung der Zentralbank bei der Organisation des Zahlungsverkehrs fehlt das ganze Gebiet der Scheckzahlung, und es wird deutlich, daß es gar nicht darum gehen kann, die Notenbank durch die Kreditinstitute im Zahlungsverkehr — und warum auf einmal „Zahlungsverkehr“ und sonst „Giroverkehr“? — ganz oder teilweise zu ersetzen. Im übrigen ist es nicht Sache der Notenbank, auf die Erhaltung der Zahlungsmittelfunktion von Note und Münze zu achten (S. 149), das ist Sache des Staates. Man könnte ihr höchstens ein Wächteramt im Dienste des Staates zusprechen, aber an verschiedenen historischen Beispielen hat sich gezeigt, daß der Staat selbst (Schatzamt und Staatsregierung) wachsamer gewesen ist als die Zentralbank.

Unter dem gleichen Abschnitt der Ergebnisse wird ausgeführt: „Der Umfang der über die Notenbank verrechneten Verfügungen wird wahrscheinlich nach der Errichtung von Giro netzen zurückgegangen sein, da die im System verbleibenden Verfügungen nicht mehr über die Notenbank geleitet werden“. Diese reine Vermutung ist auch als solche unhaltbar, denn sie unterscheidet nicht einmal zwischen der absoluten und der relativen Veränderung der in Frage stehenden Größen; warum aber hier mit Wahrscheinlichkeiten operieren, wo über fast 90 Jahre Statistiken vorliegen! Der Verfasser stellt in seinen Ergebnissen anschließend fest, daß es für die quantitative Analyse der Geldschöpfungsfähigkeit an den notwendigen Zahlenangaben fehlt. Er hat aber nirgendwo den geringsten Versuch gemacht, seit Jahrzehnten veröffentlichte und allgemein zugängliche Zahlen heranzuziehen und auszuwerten oder für seine Analyse nutzbar zu machen. Seine Klage ist unverständlich, da früher wie jetzt die Giroumsätze und die Scheck-Clearing-Umsätze zu ermitteln sind. Der Verfasser spricht immer wieder von möglichen Folgen, eventuellen Maßnahmen, vom Geldschöpfenkönnen usw. usw., statt sich auf das Tatsächliche, das Geschehene, das zahlenmäßig Beweisbare zu stützen.

Hanns Linhardt, Nürnberg

Alfred Steuber: Das Ende der Dollar-Lücke. (Weltwirtschaftliche Studien in Verbindung mit dem Institut für Verkehrswissenschaft an der Universität Münster. Heft 3.) Göttingen 1963. Verlag Vandenhoeck & Ruprecht. 183 S.

Wenn der Autor mit dem „Ende der Dollar-Lücke“ meint, daß bei den westeuropäischen Handelspartnern keine Dollar-Knappheit mehr vorherrscht, so ist das mit gewissen Einschränkungen richtig. Seine Definition, daß unter Dollar-Lücke die „defizitäre Zahlungsbilanzsituation der restlichen Welt bzw. Westeuropas gegenüber den USA“ zu verstehen ist, legt das Dollar-Problem auf eine aktive Zahlungsbilanzsituation der USA. Insofern kommt der Arbeit mehr Bedeutung als wirtschaftshistorischer Beitrag zu. Man hätte sich eher einen Titel

wie „Die Dollar-Knappheit und ihre Entwicklung bis 1960“ vorstellen können.

Der etwas euphorische Titel suggeriert zunächst die Vorstellung, daß problematische Anforderungen an den Dollar aus Zahlungsbilanzungleichgewichten der Geschichte angehören. Das ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt richtig für die Wirkungen ausgeglichener Handelsbilanzen der westeuropäischen Länder. Das ist aber nicht richtig für eine passive US-Handelsbilanz. Und hier liegt heute das internationale Dollar-Problem. Man hat es mit einer gewissermaßen negativen Dollar-Lücke, d. h. mit einer defizitären Zahlungsbilanz der USA gegenüber der restlichen Welt bzw. Westeuropa zu tun. Die feste Bindung des Dollars an das Gold und die alternative Bedeutung beider für die Währungsreserven ergeben heute eine Dollar-Lücke — und zwar für die USA selbst.

Diesen Zusammenhang hat der Autor zwar angeschnitten (S. 102 f.), ohne aber die neueren Probleme zu treffen. Nach dem Literaturverzeichnis zu urteilen, ist die Arbeit im wesentlichen 1961 abgeschlossen worden. Damals mag diese etwas engere Betrachtung des Dollar-Problems noch nähergelegen haben als heute.

Formal ist dem Autor kein Vorwurf zu machen, denn entsprechend seiner Definition der Dollar-Lücke sind die Ergebnisse durchaus zutreffend. Nur kommt ihnen — wie man zunächst vermuten mag — keine abschließende Bedeutung zu. Das Dollar-Problem ist in eine neue Phase getreten.

Soviel muß man einschränkend vorausschicken, um die Grenzen zu sehen, innerhalb derer die vorliegende Arbeit durchaus eine Würdigung verdient. Vor allem im ersten Teil, der „theoretischen Grundlegung“, übernimmt der Verfasser die dornenvolle Aufgabe, die vielfältige Literatur zu seinem Thema übersichtlich zu machen. Daß es ihm nicht gelungen ist, bei der Definition des Begriffs Dollar-Lücke eine Art gemeinsamen Nenner für die in der Literatur vertretenen Auffassungen zu finden, hat er kaum zu vertreten, denn: „Zwischen der Bedeutung eines Phänomens und seiner Begriffsbestimmung besteht naturgemäß immer ein enger Zusammenhang ... So hängt die Beurteilung einer Erscheinung weitgehend von der zugrunde liegenden Definition ab.“ Dies gilt übrigens in vollem Umfange auch für diese Arbeit.

Die vom Verfasser immer wieder betonte Vielheit der Auffassungen zeigt, welche Fülle miteinander verbundener Probleme auf ein Zahlungsbilanzgleichgewicht einwirken. Durch den Versuch, diese Zusammenhänge aufzudecken und zu systematisieren, hätte sich der Verfasser gewissermaßen den Weg zu seiner Fragestellung „freilegen“ können. Statt dessen will er „gleich einen Schritt weitergehen und (sich) der statistischen Messung der Dollar-Lücke zuwenden“ (S. 39). Das geschieht auch zunächst auf einer grundsätzlichen Ebene am Ende des ersten Teils. Der gesamte zweite Teil ist dann eine rein empirische „Analyse des Verlaufs der Dollar-Knappheit“ von 1919 bis 1960.

Der dritte und letzte Teil stellt als Ergebnis das „Ende der Dollar-Lücke“ heraus und behandelt abschließend jenen Faktor, der für das Ende der westeuropäischen Dollar-Lücke nach Auffassung des Verfassers im wesentlichen bestimmend war: „Die Beseitigung des westeuropäischen Bilateralismus.“

So entsteht folgende Dreiteilung der Arbeit: Der Anlauf, auf induktivem Wege an das Problem der Dollar-Knappheit heranzukommen, wird wegen der Uneinheitlichkeit der Literatur aufgegeben. Es folgt die empirisch-historische Bestandsaufnahme, an die schließlich im dritten Teil Erklärungsversuche geknüpft werden.

Der Wert dieses Buches liegt insofern auch bei der Zusammenstellung des empirischen Materials. Hier beweist der Verfasser große Kenntnis, und die Bedachtsamkeit, mit der er Zahlenmaterial heranzieht oder vergleicht, ist lehrreich. Daß er die Zuverlässigkeit der Aktualität vorzieht, ist erfreulich. Es fügt sich so eine Arbeit zusammen, die einen aner kennenswerten Beitrag zur Geschichte eines zentralen weltwirtschaftlichen Problems bietet.

Werner Hammel, Washington

Reimer Carstens: Die Aufwertungsdebatte. (Kieler Studien, 63.) Tübingen 1963. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 115 S.

Der Verfasser hat systematisch die verschiedenen Auffassungen über die Frage der Aufwertung der Deutschen Mark zusammengestellt und auf ihren theoretischen Inhalt hin durchleuchtet. In einem letzten Abschnitt werden die verschiedenen Alternativlösungen und die Aufwertung auf ihre volkswirtschaftlichen Auswirkungen hin untersucht. Es ist dem Verfasser gelungen, den Gegenstand seiner Untersuchung klar und übersichtlich darzustellen. Die hinter der Aufwertung stehende grundsätzliche Problematik des Währungssystems wird nicht behandelt, weil damit der Rahmen der Arbeit gesprengt worden wäre. Wenn man dem auch zustimmen kann, so hätte doch im dritten Kapitel des Abschnitts B, wo von den inflatorischen Tendenzen im Ausland gesprochen wird, ein Hinweis auf den inflatorischen Charakter des Golddevisenstandards gegeben werden müssen.

Wilhelm Moritz Frhr. v. Bissing, Berlin

Fritz Machlup: International Monetary Economics. Collected Essays. London 1966. Allen & Unwin. 472 S.

Der Büchermarkt wird in letzter Zeit geradezu überflutet von Reproduktionen früher erschienener Artikel in Form von Aufsatzsammlungen, die entweder einem bestimmten Thema oder einem einzelnen Autor gewidmet sind. Nicht immer wird mit diesen Veröffentlichungen der Zweck erreicht, nur mehr schwer zugängliche Publikationen leichter erhältlich zu machen.

Betrachtet man die vorliegende Aufsatzsammlung unter diesem Aspekt, so wird dieser Anspruch — gerade aus deutscher Sicht — nur in wenigen Fällen erfüllt. Nicht wenige Aufsätze in diesem Band

sind Übersetzungen aus dem Deutschen. Der berühmte Artikel „The Theory of Foreign Exchanges“ ist mittlerweile in deutscher Fassung in der von Rose herausgegebenen Sammlung leicht und billig zu erhalten; das gleiche gilt für die große Abhandlung, die der „Reform of the International Monetary System“ gewidmet ist, wengleich die neue Fassung gegenüber der deutschen Veröffentlichung nicht unwesentlich erweitert wurde. Gegenüber der schon 1964 erschienenen amerikanischen Ausgabe dieser Sammlung wurden allerdings leider keine Ergänzungen mehr angebracht.

Diese Nachteile wirken sich jedoch nur gering aus im Vergleich zu dem großen Vorteil, den diese Veröffentlichung gegenüber ähnlichen Aufsatzsammlungen einzelner Autoren aufweist. Zum einen sind alle Artikel mehr oder weniger einem Thema, nämlich der „Zahlungsbilanz“ (siehe das Vorwort), genauer: den monetären Problemen der Außenwirtschaftstheorie gewidmet.

Die Sammlung erhält vollends Lehrbuchcharakter, indem Machlup jedem der insgesamt fünf Teile eine kurze Einführung vorausschickt. Dieser Einführung folgt jeweils ein knapper Überblick über die einzelnen Kapitel jedes Teiles, und am Schluß des „Vorspanns“ findet man die genaue Bibliographie der bereits früher veröffentlichten Aufsätze sowie eine „Bilanz“ der Änderungen gegenüber den älteren Fassungen. Dazwischen ist ein kurzer Absatz den „Major Themes“ gewidmet. Diese Ausführungen dürften aber nur dem voll verständlich sein, der die folgenden Abhandlungen schon kennt.

Man sieht also: Machlup hat sich die Sache nicht bequem gemacht. Das gilt besonders für die nicht unwesentlichen Ergänzungen einzelner Kapitel und vor allem für die Tatsache, daß zwei völlig neue, bisher unveröffentlichte Abhandlungen die Geschlossenheit des Ganzen erhöhen bzw. das Augenmerk auf einen meist nur wenig beachteten Sachverhalt richten: Die Zahlungsbilanzstatistik, genauer: die Statistik der Überschüsse und Defizite, ändert sich mit neuen theoretischen Einsichten und politischen Ansichten. (Siehe hierzu: Kapitel VII „The Mysterious Numbers Game of Balance-of-Payments Statistics“.)

Insgesamt handelt es sich also um weit mehr als um eine bloße neue „Sammlung“. Diese Veröffentlichung stellt im Grunde nicht weniger als ein herausragendes Lehrbuch der monetären Probleme der Außenwirtschaftstheorie dar; dabei werden jedoch erhebliche Grundkenntnisse vorausgesetzt. Machlups Meisterschaft auf diesem schwierigen Gebiet vermittelt darüber hinaus auch dem „Eingeweihten“ immer wieder überraschende neue Aspekte.

Otmar Issing, Würzburg

George N. Halm: Die Vergrößerung der Bandbreite für Devisenkurschwankungen. (Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 88.) Berlin 1965. Duncker & Humblot. 68 S.

Der Verf. gehört zu den Mitunterzeichnern des im Februar 1966 von 26 bekannten Nationalökonomern veröffentlichten Gutachtens, in

dem für die Einführung einer begrenzten Flexibilität der Wechselkurse plädiert wird. Wie die vorliegende Schrift zeigt, hat sich Halm schon früher eingehend mit diesem Gedanken befaßt und die wesentlichen Punkte des Professorengutachtens vorweggenommen. Aber er nimmt keineswegs für sich in Anspruch, der geistige Vater dieser Idee zu sein, sondern weist ausführlich auf die zahlreichen früheren Verfechter dieses Gedankens hin, unter denen Robert *Torrens* (1819) wohl einer der ersten und John Maynard *Keynes* einer der berühmtesten war. Man nimmt auch mit Erstaunen wahr, wie unterschiedlich die Argumente und Motive waren, die zu diesem Vorschlag führten.

Halm sieht in der Vergrößerung der Bandbreite einen praktikablen Kompromißvorschlag, da die gegenwärtige Konstellation die Einführung flexibler Wechselkurse in absehbarer Zeit utopisch erscheinen läßt. Er verweist einerseits darauf, daß das heutige System fester Wechselkurse gar nicht die Vorteile hat, die seine Befürworter ihm zuschreiben; denn das gegenwärtige System erlaubt ja Paritätsänderungen unter bestimmten Voraussetzungen. Das Wechselkursrisiko im internationalen Güter- und Kapitalverkehr ist also durchaus nicht ausgeschaltet. Die Bemühungen der Notenbanken, Wechselkursänderungen möglichst zu vermeiden, beeinträchtigen zudem andere wichtige wirtschaftspolitische Ziele. Andererseits hebt er hervor, daß ein Nachteil des Systems flexibler Kurse, der von seinen Gegnern in den Vordergrund geschoben wird, nämlich daß das System eine unbegrenzte nationale Inflationspolitik erlaube, durch begrenzt flexible Wechselkurse erheblich entschärft wird. Er argumentiert sogar, daß sie „bis zu einem gewissen Maße die monetäre Disziplin der Mitgliedländer fördert“ (S. 61), da die Länder ihre monetären Maßnahmen stärker als bisher aufeinander abstimmen müssen, wenn das neue System in der Praxis nicht zu einem System mit festen Wechselkursen werden soll. Das wäre der Fall, wenn sich die Devisenkurse auf Grund weiterbestehender Zahlungsbilanzungleichgewichte am oberen Interventionspunkt (bei passiver Zahlungsbilanz) oder am unteren Interventionspunkt (bei aktiver Zahlungsbilanz) des verbreiterten Bandes stabilisieren würden. Dieses Argument hat keine allzu große Überzeugungskraft; denn warum sollten Länder, die beim gegenwärtigen System keine Neigung zu „monetärer Disziplin“ zeigen, durch die bloße Vergrößerung der Bandbreite zu besserer Einsicht gebracht werden. Gewiß, bei Wechselkursschwankungen innerhalb der vorgesehenen Bandbreite könnten sich die bekannten Vorteile flexibler Wechselkurse auswirken: 1. Via Wechselkursmechanismus kommt es zu einer Veränderung der Leistungsbilanz (Exportsteigerung und Importminderung bei Wechselkurssteigerung, Exportminderung und Importsteigerung bei Wechselkursenkung), die in Richtung auf einen Ausgleich der Zahlungsbilanz wirkt. 2. Das inländische Preisniveau bleibt unbeeinflusst. 3. Die Geldpolitik wird entlastet. Aber diese Vorteile gingen verloren, sobald die Kurse wegen der verfehlten Wirtschaftspolitik eines oder mehrerer Partner

oder auch infolge unterschiedlichen Wachstumstempos in den Partnerländern die Interventionspunkte erreichten. Diese Ungleichgewichte könnten dann doch nur (wie im gegenwärtigen System) durch Paritätsänderungen (Auf- oder Abwertungen) beseitigt werden. Auch die von Halm angeführten gleichgewichtsfördernden kurzfristigen Kapitalbewegungen, die bei Kursbewegungen in Erwartung einer baldigen gegenläufigen Kursbewegung (Kreditspekulation) zustande kommen, versiegen, wenn die Kurse an den Interventionspunkten verharren.

Die Beurteilung des vorgeschlagenen Systems hängt also entscheidend davon ab, wie man die Willigkeit und Fähigkeit der Partnerländer einschätzt, Inflationen und auch Deflationen zu vermeiden bzw. sich in dieser Hinsicht im Gleichschritt zu bewegen.

Hubertus Adebahr, Berlin

George N. Halm: Geld, Außenhandel und Beschäftigung. Berlin 1966. 4. Auflage, Duncker & Humblot. 368 S.

Die Vorzüge des Halmschen Lehrbuches sind allgemein anerkannt. Im folgenden sollen daher nur die wesentlichen Änderungen gegenüber der dritten Auflage kritisch betrachtet werden.

Als wichtigster Vorzug der neuen Auflage, gerade aus dem Aspekt des Lehrbuches, erweist sich die veränderte Reihenfolge der Themen im zweiten und dritten Teil. Halm zieht jetzt den Teil „Geld, Zins und Beschäftigung“ (statt der Investition erscheint nun der Zins im Titel!) vor, so daß die Behandlung der — primär — binnenwirtschaftlichen Probleme der Geldtheorie, Geldpolitik und Finanzpolitik eine geschlossene Einheit bildet. Dem Studierenden dürfte damit das Verständnis für den Zusammenhang der im Teil II behandelten Fragen mit den theoretischen Grundlagen des einführenden Teils wesentlich erleichtert werden. Der Teil III ist dann den außenwirtschaftlichen Beziehungen gewidmet. Diese Änderung in der Reihenfolge der behandelten Themenkreise war überfällig, entspricht sie doch nicht nur dem üblichen Vorgehen in den meisten Lehrbüchern wie in den Vorlesungen, sondern führt auch den Studierenden erst nach einem gründlichen Studium der „binnenwirtschaftlichen Seite“ in die schwierigen Probleme des internationalen Zahlungsverkehrs usw. ein, die erfahrungsgemäß die meisten Schwierigkeiten für das Verstehen bereiten. Der Titel des Buches müßte nach Halms eigener Aussage im Vorwort jetzt eigentlich heißen: „Geld, Beschäftigung und Zahlungsbilanz.“

Halm hat nun nicht nur die Ausführungen über die „Zahlungsbilanz“ fast völlig neu geschrieben, sondern auch in den beiden Teilen wichtige Änderungen vorgenommen. Im Teil I dürfte das erweiterte Kreislaufschema den Studierenden die vorangegangenen Darlegungen noch deutlicher werden lassen als das bisher schon der Fall war. Ebenso hat die Darstellung des Buchgeldschöpfungsprozesses (bzw. der Kontraktion) durch die Beispiele in Kontenform an Klar-

heit und Anschaulichkeit gewonnen. Die berechnete, deutliche Warnung Halms vor einer falschen Interpretation der Tauschgleichung hat nun wohl auch dazu geführt, daß die bisherige Bezeichnung bzw. Einteilung der folgenden Kapitel (Preisniveau — Geldmenge — Depositengeld — Umlaufgeschwindigkeit) weitgehend fallengelassen wurde. Vielleicht wäre die alte Einteilung zweckmäßiger, weil übersichtlicher gewesen, doch läßt sich darüber sicher streiten.

Im Teil II hat Halm den Überblick über die Konjunkturtheorien weggelassen, eine Kürzung, die sicher zu begrüßen ist; mit solchen, notwendigerweise subjektiv ausgewählten Ansichten kann der Studierende meist nur wenig anfangen. Sehr zu begrüßen ist das neue Kapitel „Vollbeschäftigung, Monopol und Inflation“ am Schluß dieses Teiles. Halm zeigt hier die Bedeutung monopolistischer Preissetzungen und einer „expansiven“ gewerkschaftlichen Lohnpolitik für die Verschlechterung des Geldwertes in meisterlicher Klarheit und Kürze auf. Was allerdings der erste Abschnitt „Deficit Spending und Inflation“, der unter diesem nicht gerade glücklichen Titel einen knappen Einblick in die Wirkungen der öffentlichen Schuld gibt, in diesem Kapitel zu suchen hat, ist nicht einzusehen. Diese Ausführungen gehören zweifellos in das vorhergehende Kapitel („Deficit Spending und Vollbeschäftigung“). Recht unglücklich sind die Ausführungen über die Lohnhöhe und technischen Fortschritt (S. 233). Zumindest in dieser knappen Darstellung muß die Argumentation zwangsläufig zu schwerwiegenden Mißverständnissen führen.

Der Teil III behandelt unter dem geänderten Titel „Das internationale Geldsystem“ die außenwirtschaftlichen Einflußfaktoren. Die Darstellung hat in der völlig neuen Fassung wesentlich an Klarheit und Geschlossenheit gewonnen. Besonders das Kapitel über feste und flexible Wechselkurse demonstriert die Vorzüge des Halmschen Buches noch einmal in Perfektion: Überzeugende Argumentation, einfache und klare Darstellung auch schwieriger Probleme; dabei wird aber das Detailproblem — hier die Frage der Zweckmäßigkeit fester oder flexibler Wechselkurse — in den großen Rahmen der Wirtschaftsordnung wie der gesamten Wirtschafts- und Währungspolitik gestellt. Ebenso zu begrüßen ist die erweiterte Behandlung der Golddevisenwährung. Die ausführliche, geschlossene Behandlung der Kaufkraftparitätentheorie ist in der neuen Auflage weggefallen, was insofern besonders problematisch ist, als Halm sich an einer Stelle (S. 251) der Argumentation *Cassels* anschließt, später (S. 298) aber ausdrücklich vor dieser Theorie warnt. (Der überaus knappe Hinweis auf die Bedeutung der Länge des Zeitraumes, für den die Inflationsrate zweier Länder verglichen wird, dürfte kaum ausreichen, um eine Verwirrung unter den Studierenden zu vermeiden.) Ebenfalls hätte man sich gewünscht, daß die Ausführungen über den Gleichgewichtskurs nicht so stark zusammengestrichen worden wären. Als Orientierungshilfe erweist sich die Konzeption des „Gleichgewichts“ — trotz aller Schwierigkeiten einer exakten Bestimmung — gerade auf diesem schwierigen Gebiet als fast unentbehrlich für den

Leserkreis, für den dieses Buch doch wohl in erster Linie geschrieben wurde. Das Verständnis für den Goldautomatismus wird ganz sicher nicht durch folgende Stelle gefördert: „... Wenn dagegen alle Mitgliedsländer in einem Goldwährungssystem gleichzeitig eine inflationistische Politik verfolgen, wird nichts sie daran hindern können, da in diesem Fall kein Land an andere Länder Gold abgeben muß und da ihre Kreditpolitik durch keine ihnen übergeordnete Institution kontrolliert wird“ (S. 260 f.). Diese Betonung der „Anarchie“ der Goldwährung, die auch an anderen Stellen deutlich wird, läßt völlig die binnenwirtschaftliche, *interne* Funktion der Golddeckung bei Goldwährung außer acht.

Halm hat diesen letzten Teil durch die beiden Kapitel „Das Leitwährungssystem“ und „Die Reform des internationalen Geldsystems“ ergänzt. Das erste Kapitel erscheint dabei durchaus notwendig, um den Studierenden in die Probleme des gegenwärtigen Währungssystems einzuführen; allerdings ist das „gegenwärtige Leitwährungssystem nicht ein Spezialfall der Golddevisenwährung“ (S. 268 und 323), was Halm später (S. 331 f.) selbst recht deutlich aufzeigt. Ob nun aber eine ausführliche Betrachtung der einzelnen Reformpläne in ein Lehrbuch gehört, das ein so weites Feld betrachtet wie das vorliegende, bleibt doch sehr fraglich, schon allein weil dieser Abschnitt bis zu einer Neuauflage zwangsläufig völlig veraltet sein muß. An Stelle dieses Kapitels hätte man sich eher eine erweiterte und vertiefte Betrachtung der Probleme des Außenhandels gewünscht, soweit sie mit der Wechselkursbildung (Preisbildung!) fast untrennbar verknüpft sind. Gerade diese Ausführungen (siehe auch: Gleichgewichtswchselkurs, Kaufkraftparitätentheorie) sind aber in der Neuauflage fast völlig weggefallen, wie auch schon der veränderte Titel dieses Teiles andeutet. Ohne eine kurze Betrachtung der „realen Seite“ des Problems müssen dem Studierenden die Fragen des internationalen Zahlungsverkehrs als der „monetären Seite“ weitgehend unklar bleiben. Zwar ist das Halmsche Lehrbuch den Geldproblemen gewidmet, doch wird zu Recht einer seiner großen Vorzüge darin gesehen, daß es in didaktisch meisterhafter Weise die „Güterseite“ mit der „Geldseite“ verbindet. Würde Halm dieses Prinzip auch hier — natürlich in der von der ganzen Anlage her bedingten Kürze — verwirklichen, würde das Buch ganz sicher noch wesentlich an Geschlossenheit gewinnen. Eine Ausdehnung des Umfanges wäre dabei nicht erforderlich, da man auf die recht ausführliche Besprechung der Reformpläne leicht verzichten könnte.

Ganz kurz noch eine Bemerkung zu einem leidigen Punkt. Kein Buch bleibt von Druckfehlern verschont, daher seien — auch sinnenstellende Fehler der neuen Auflage nicht moniert. Wenn aber jetzt schon in zweiter Auflage die Multiplikatorformel falsch steht (S. 184), ist das doch ärgerlich, zumal dieser Fehler schon früher gerügt wurde (siehe die Besprechung von Geyer im Finanzarchiv 1959). Weiter wurde zwar in der vierten Auflage die Bezeichnung der Achsen bei der graphischen Darstellung der Devisenkursbildung

bei Goldwährung berichtigt, die ebenfalls schon monierte Zeichnung (*Borchardt*, Jb. f. N. u. St. 1958) enthält aber nach wie vor eine Angebotskurve, die nur im oberen Goldpunkt, und eine Nachfragekurve, die nur im unteren Goldpunkt vollkommen elastisch verläuft, obwohl beide Kurven doch auch im „anderen“ Goldpunkt zur Waage-rechten werden müssen. Ebenfalls in zweiter Auflage enthält die Tabelle auf S. 189 einen Fehler (in Spalte 1 muß es in der zweiten Spalte 1100 statt 1000 heißen). Auch ist die „Summe der Kassen-reserven“ nicht K_y oder G/Y (S. 181), sondern gleich G ; dieser Fehler ist ebenfalls schon so alt wie das — veränderte — Beispiel, nämlich zwei Auflagen.

Angesichts der glänzenden Vorzüge des Halmschen Lehrbuches müssen solche Bemerkungen fast den Eindruck der Beckmesserei erwecken. Es bleibt daher die angenehme Pflicht, noch einmal zu betonen, daß es kaum ein Lehrbuch auf diesem Sektor gibt, das in so anschaulicher, klarer und pädagogisch geschickter Weise auch schwierige Zusammenhänge in einem leicht lesbaren Stil darstellt.

Otmar Issing, Würzburg

Hilde Wander: Die Beziehungen zwischen Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung, dargestellt am Beispiel Indonesiens. Tübingen 1965. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 279 S.

Hilde Wander versucht in einer sehr umfangreichen Studie, die durch zahlreiche Schaubilder und Tabellen veranschaulicht wird, am Beispiel Indonesiens die wirtschaftlichen Ursachen und Konsequenzen des schnellen Bevölkerungswachstums modellhaft zu analysieren. Die Verf. weist ausdrücklich darauf hin, daß diese Untersuchung auch überregionale Bedeutung habe, da Indonesien, bedingt durch die strukturelle Verschiedenheit seiner Landesteile, mit allen wesentlichen Entwicklungshemmungen gleichzeitig belastet sei, die in der einen oder anderen Form auch in anderen asiatischen Ländern vorhanden wären.

Obwohl nach Meinung der Autorin die Förderung des „modernen Wirtschaftssektors“ Kern der Entwicklungsprogramme sein sollte, müßte als komplementäre Aufgabe die Intensivierung der ländlichen Aktivität angesehen werden. Im Falle Indonesiens bedürfe es hierzu einer umfassenden Erziehungsarbeit auf der dörflichen Ebene. Die ländliche Bevölkerung müsse befähigt werden, ihre Lebenslage aus eigenen Kräften allmählich zu verbessern, denn „ohne eine bewußte und planvolle Aktivierung der breiten Massen bleibt die eigenmotorische Kraft der zentralen kapitalintensiven Großprojekte zwangsläufig wirksam“.

Wegen der Komplexität der zu berücksichtigenden Tatbestände kann die Verfasserin nicht sagen, wann und auf welche Weise sich die wirtschaftlichen und demographischen Probleme wirklich lösen werden. Sie betont jedoch, daß es auf jeden Fall notwendig sei, bei allen

Maßnahmen zur Entwicklung der Wirtschaft und zur Hebung des Lebensstandards die demographischen Notwendigkeiten und Konsequenzen zu beachten.

Das vorliegende Buch dürfte insbesondere für alle diejenigen Personen von Interesse sein, die entwicklungspolitische Entscheidungen in Entwicklungsländern mit einem hohen Bevölkerungswachstum zu treffen haben.

Horst Dumke, Bonn

Wilhelm Scheper: Die Getreidenachfrage für menschliche Ernährung in der Bundesrepublik Deutschland. (Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen. Hrsg. von Leo Brandt. Nr. 1222.) Köln u. Opladen 1963. Westdeutscher Verlag. 114 S., 20 Abb., 31 Tab.

Das Wirtschaftswachstum hat der Bevölkerung der Bundesrepublik eine überaus positive Einkommensentwicklung und allgemeine Verbesserung der Lebenshaltung gebracht, was zu einer deutlichen Wandlung der Verbrauchsgewohnheiten und damit zu einer Änderung der Nachfrage führte. Sie ist immerhin gravierend genug, um zur Abwendung von Nachteilen, die sich als Fehlinvestitionen bei sinkender Rentabilität in einigen Wirtschaftsbereichen ergeben könnten, entsprechende Anpassungen der Produktionsstruktur beziehungsweise Lenkungsmaßnahmen auf politischem und sozialem Gebiet zu empfehlen. Die hier vorliegende Arbeit will über die Bestimmungsgründe und Entwicklung der Nachfrage nach Getreide für menschliche Ernährung informieren. Das Thema interessiert die Erzeuger und die Verarbeiter von Getreide wie den Handel gleichermaßen. Die im Juni 1962 abgeschlossene Untersuchung basiert auf Ergebnissen der Wirtschaftsjahre 1950/51—1959/60 und prognostiziert die Entwicklung bis 1974/75.

Die Versorgungsbilanz bei Getreide weist eine Steigerung der Inlandserzeugung von 1950—1959 um 41 vH aus, der ein Mehrverbrauch bei Futtergetreide von 56 vH und eine Abnahme des Nahrungsv Verbrauchs von 6 vH (je Kopf der Bevölkerung um 14 vH) gegenüberstehen. Auf der Erzeugerseite sind diese Entwicklungen durch die Preis-Kostenveränderungen initiiert worden, die den Einsatz ertragssteigernder Betriebsmittel und die beschleunigte Mechanisierung begünstigten und der Forderung nach Steigerung der Arbeitsproduktivität ein größeres Gewicht zuordneten. Für die Nachfrageentwicklung ist sowohl das Konsumentenverhalten als auch die Veränderung des Vermarktungs- und Verarbeitungssystems — beide Komponenten sind voneinander abhängig und deshalb nicht zu trennen — verantwortlich. Scheper stellt in seiner qualitativen Analyse das steigende Pro-Kopf-Einkommen, die Preise unter Beachtung des Qualitätsproblems, die personelle Einkommensverteilung und die Veränderungen in der Bevölkerungs- und Beschäftigungsstruktur als nachfragebeeinflussende Faktoren besonders heraus. Einer quantitativen Aussage sind die

globalen marktstatistischen Daten nur beschränkt zugänglich. Lediglich die Einkommenselastizitäten lassen sich mit genügender Sicherheit innerhalb bestimmter Spannen festlegen. Dieses Ergebnis kann nicht befriedigen. Dafür erweist sich die Auswertung fortlaufender Haushaltsrechnungen für die Ermittlung von Nachfrageelastizitäten und -funktionen als durchaus ergiebig, so daß auf diesem Wege eine detaillierte Analyse der Verbrauchsstruktur erarbeitet werden kann, die unter Beachtung der gegebenen Prämissen präzise Aussagen über die zukünftige Entwicklung des Getreideverbrauchs für menschliche Ernährung gestattet. Als Ergebnis der Untersuchung ergibt sich ein weiterer Rückgang des Getreideverbrauchs bis 1974/75, der abschwächend verlaufen und einem Minimalkonsum zustreben wird und gegenüber 1960/61 9—11 vH bei Getreide insgesamt, 7—10 vH bei Weizen und 16—20 vH bei Roggen betragen wird. Danach ist Zurückhaltung bei Einkommenserwartungen oder Kapazitätserweiterungen in allen mit der Brotgetreideproduktion oder -verarbeitung befaßten Wirtschaftszweigen und bei der staatlichen Importpolitik zu empfehlen.

Schepers Arbeit gefällt durch klare Disposition, knappe und dennoch übersichtliche Darstellung, sorgfältige Abwägung der Methoden und durch die selbstverständliche Anerkennung der Bedingtheit ihrer Aussage. Es ist ein nüchterner Forschungsbericht, eine Rechenschaftslegung über Material, Methoden und Möglichkeiten, aber gerade deshalb für ähnliche Arbeiten anregend oder sogar beispielgebend, denn hier wird nicht behauptet, sondern bewiesen, das Detail wohl erkannt, aber nicht zur unangemessenen Abschweifung. Kleinere Mängel stören nicht den insgesamt positiven Eindruck. So ist auf S. 17 im Nenner nicht die Erzeugung, sondern der Verbrauch zur Ermittlung des Selbstversorgungsgrades einzuführen. Der Mehreinsatz konzentrierter Futtermittel ist nicht nur arbeitswirtschaftlich motiviert, sondern angesichts der Fütterungsintensität ernährungsphysiologisch bedingt (S. 20). Das Selbstbacken von Brot in landwirtschaftlichen Haushaltungen wird besonders auch durch die zunehmende Verkehrserschließung und die damit gegebenen Zukaufserleichterungen eingeschränkt (S. 28). Einige Unstimmigkeiten bestehen zwischen Text und Tabellen, vermutlich als Druckfehler.

Bei aller Mühe, die der Verfasser auf die zahlenmäßige Präzisierung der Nachfrageentwicklung verwendet, sollte man sie nicht überbewerten oder die Arbeit nicht an der Gültigkeit ihres zahlenmäßigen Ergebnisses messen, denn die qualitative Aussage und die aufgezeigten Tendenzen bleiben davon unbeeinflusst. Besonders sei aber auf die beispielhafte Anwendung der mathematisch-statistischen Methoden, hier insbesondere die Regressionsanalyse, hingewiesen, die der Untersuchung ihren logisch zwingenden Ablauf geben, aber auch nach Umfang und Darstellung hervortreten. Diese Arbeit verdient Beachtung, auch wenn der Ladenverkaufspreis ihre wünschenswerte Verbreitung hindern wird.

Lothar Richter, Berlin

J. L. Meij (Hrsg.): *Internal Wage-Structure*. (Studies in Industrial Economics.) Amsterdam 1963. North-Holland Publishing Company. XI, 343 S.

Das zu besprechende Werk stellt die gemeinsame Veröffentlichung von sechs Beiträgen aus der Feder international bekannter Sachkenner der Lohnstruktur dar. Das Problem der „Internal Wage-Structure“ wird dabei von dem Herausgeber umschrieben als „the wage structure within the firm“. An diese Umschreibung des Gegenstandes der Veröffentlichung halten sich die einzelnen Beiträge durchweg, aber nicht immer.

Erich Kosiol hat zu dem vorliegenden Werk eine instruktive „Theorie der Lohnformen“ beigesteuert. In ihr werden zunächst die Grundsätze der Lohnbestimmung abgehandelt, die für eine Differenzierung der Löhne maßgebend sind. Es schließt sich eine Analyse der Wirkungen verschiedener Lohnformen auf das einzelne Unternehmen an. Neben diesem Beitrag interessieren vor allem drei weitere. Der Herausgeber des Gesamtwertes, J. L. Meij (Universität Groningen), behandelt den Zusammenhang zwischen Lohnstruktur und Organisationsstruktur, letztere verstanden „as the formal and informal relationship between the members of the company's personnel“. H. M. Douty (U. S. Department of Labor, Washington) steuert einen interessanten Beitrag über den Einfluß der Gewerkschaften auf die Lohnstruktur des Unternehmens bei, ohne allerdings — wohl infolge Fehlens einschlägigen statistischen Materials — über eine Behandlung möglicher Einflüsse wesentlich hinauszugelangen. Die externen Einflüsse auf die Lohnstruktur des Unternehmens untersucht George H. Hildebrand (University of Ithaca, NY) vor allem unter dem Gesichtspunkt des Einflusses der Berufsart, des Arbeits- und des Produkt-Marktes und der kollektiven Form der Aushandlung der Tarifverträge. Er versucht dabei insbesondere, die unterschiedliche Wirksamkeit ökonomischer und nichtökonomischer Faktoren herauszuarbeiten. Walter Galenson (University of Berkeley) behandelt abschließend die Lohnstruktur der sowjetischen Industrie. Auch wenn er dabei wegen Fehlens von genügend repräsentativem Material nur zu vorläufigen Ergebnissen gelangt, so gibt dieser Artikel doch wichtige Aspekte dieses bisher wenig behandelten Problems wieder.

Jeder Sammelband hat mit der Schwierigkeit zu kämpfen, daß verschiedene Autoren nur schwer zu einer völlig geschlossenen Behandlung eines Themas zu bringen sind. Diese Schwierigkeiten werden noch größer, wenn die Autoren aus unterschiedlichen Ländern stammen und es sich um einen Gegenstand handelt, der in ihren Ländern eine stark differenzierte Ausprägung aufweist. Das Letztere war bei dem vorliegenden Sammelband in besonderem Maße der Fall. Trotzdem wird auch der deutsche Leser ihn mit Gewinn zur Hand nehmen, obwohl (oder vielleicht auch gerade weil?) die darin niedergelegten Erfahrungen weitgehend aus anderen Ländern stammen, in

denen die für das Gesamtthema besonders wichtigen Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes sich z. T. erheblich von den unsrigen unterscheiden.

J. Heinz Müller, Freiburg/Br.

Ralf Dahrendorf: Das Mitbestimmungsproblem in der deutschen Sozialforschung; eine Kritik. 2. Aufl. München 1965. R. Piper & Co. 106 S.

Im Jahre 1958 erbat das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften von mehreren Fachsoziologen, darunter dem Verfasser dieser Arbeit, gutachterliche Stellungnahmen zu den bereits vorliegenden vier soziologischen Untersuchungen (Pirker/Braun, Neuloh, Popitz/Bahrtdt, Frankfurter Institut für Soziologie) über die Einschätzung und Beurteilung der Mitbestimmung, insbesondere der sogenannten qualifizierten Mitbestimmung des Montan-Mitbestimmungs-Gesetzes; die Gutachten wurden 1960 erstattet. Die Dahrendorfsche Stellungnahme, erstmals 1963 veröffentlicht, liegt hier in 2. Auflage vor. — Auch vor Dahrendorfs strengem Urteil finden die Untersuchungen Anerkennung als durchaus einwandfrei angelegt und durchgeführt. Eine ganz andere Frage ist, welchen Nutzen Theoretiker und Praktiker aus Untersuchungen solcher Art überhaupt ziehen können. Diesen Nutzen schätzt Dahrendorf gering ein; es wird schwer sein, ihm darin zu widersprechen. Wie sehr dagegen die Ergebnisse derartiger Befragungen propagandistischem Mißbrauch ausgesetzt sind, wissen wir aus jüngerer Erfahrung.

Oswald v. Nell-Breuning S. J., Frankfurt

Karl Herbert Schneider-Gädicke: Der öffentliche Kredit an die gewerbliche Wirtschaft. (Betriebswirtschaftliche Schriften, Heft 13.) Berlin 1963. Duncker & Humblot. 186 S.

Das Vorwort von Karl *Schwantag* kennzeichnet die vorliegende Arbeit als eine betriebswirtschaftliche Untersuchung des öffentlichen Sonderkredits, insbesondere der von neu errichteten Sonderkreditinstituten — Kreditanstalt für Wiederaufbau, Lastenausgleichsbank, Berliner Industriebank — bewilligten Kredite. Der Verf. begründet die Sonderstellung solcher Kredite aus wirtschaftlichen, aber auch aus sozialen und politischen Überlegungen, die weiter reichen als die Gegenüberstellung von Gemeinnützigkeit und privatwirtschaftlicher Rentabilität. Er gibt eine gute Gliederung der Hauptzielsetzungen solcher Kredite, indem er zwischen „überwiegend ökonomischen Zielsetzungen, überwiegend sozialen und überwiegend politischen Zielsetzungen“ unterscheidet (S. 20/21).

Es ist nicht näher ausgeführt, aber doch erkennbar, daß der öffentliche Kredit der Staatsbanken, Sparkassen und Girozentralen an die gewerbliche Wirtschaft nicht behandelt wird, außerdem sind bestimmte Kreditaktionen außer acht geblieben, darunter die Kreditprogramme zugunsten der Westberliner Wirtschaft, die Darlehen an

Land- und Forstwirtschaft und an den Wohnungsbau, die Finanzierungshilfen zur Förderung des westdeutschen Exports.

Im wesentlichen befaßt sich die Arbeit mit den Kreditkonditionen (Höhe, Kosten, Zinsspanne, Laufzeit, Sicherheiten) und mit den Auflagen, die dem Kreditsucher in vielfacher Hinsicht gemacht werden und sowohl nach Ansicht von Schwantag wie nach Ansicht des Verfassers einer Überprüfung im Sinn einer Vereinfachung und Angleichung bedürfen. Dies galt bereits für den Zeitpunkt der Niederschrift (um 1958), dürfte aber auch noch für den Zeitpunkt der Veröffentlichung (1963) und weiterhin gelten. Die Auflagen betreffen mitunter empfindliche Eingriffe in die Gesellschafterrechte und in die betrieblichen Grundfunktionen von Einkauf, Lagerhaltung, Produktion, Vertrieb und Finanzierung. Die systematische Gliederung dieser Auflagen bildet den wichtigsten Hauptabschnitt der Untersuchung; er wird ergänzt durch die Modalitäten der Kreditauszahlung und der Kreditverwaltung. Unter Sonderformen werden am Schluß globale Kredite kurz behandelt. In einer Zusammenfassung kritisiert der Verfasser, zweifellos zu Recht, daß die Verfahren der Bewilligung und Verwaltung von öffentlichen Krediten „meist sehr umständlich und daher zeitraubend sind; die Kreditrichtlinien sind von Geldgeber zu Geldgeber sehr unterschiedlich“. Man wird ihm auch darin zustimmen können, daß die Auflagen das Kreditverhältnis erschweren und belasten, aber auch die Kreditüberwachung erheblich in Anspruch nehmen, noch dazu mit fraglichem Erfolg.

Die Bedeutung der hier kundig und sachlich abgehandelten Materie wird verständlich, wenn man hört, daß z. Z. der Veröffentlichung etwa 2 000 verschiedene Kreditaktionen nebeneinander bestanden haben, woraus der Verfasser folgert: „Ob angesichts dieser hohen Zahl überhaupt jemand einen guten Überblick über die aktiven öffentlichen Kredite haben kann, erscheint zweifelhaft.“

Hanns Linhardt, Nürnberg

Werner Fricke: Zentralisierung und Dezentralisierung des öffentlichen Einkaufs. Grundfragen der Organisation des Beschaffungswesens. Heidelberg 1961. Quelle & Meyer. 135 S.

Es handelt sich nach dem Verfasser um ein Thema grundsätzlicher Art von großer Tragweite, „da es mit dem gesellschaftlichen und politischen Gefüge unseres Gemeinwesens und mit der Ordnung von Staat und Wirtschaft aufs engste zusammenhängt“ (S. 6), und nicht um spröde technische Organisationsfragen. Die Beschaffung der öffentlichen Hand steht auch im Dienste der Staats- und Wirtschaftspolitik, so daß wirtschaftspolitische Gesichtspunkte eine Rolle spielen. Als Ziel seiner Arbeit gibt der Verfasser an, Kriterien aufzuweisen, die für eine sachliche Urteilsfindung wichtig seien und Fehlerurteilen vorbeugen können; der Einfluß, den Machtstreben, Neigungen, Geltungsdrang oder materielle Wünsche einzelner auf die Organisation des öffentlichen Beschaffungswesens haben können,

wird nicht in der Darstellung berücksichtigt, „so entscheidend diese Dinge im Einzelfall auch sein können“ (S. 13). Auch befaßt sich Fricke weder mit der Einordnung der Einkaufsabteilungen in die Instanzenhierarchie noch mit der Verteilung von Einkaufsaufgaben auf einzelne Beamte oder mit dem organisatorischen Ablauf des Einkaufs, obwohl das alles auch Dinge sind, die zur Organisation des Beschaffungswesens gehören (S. 15 Anm. 1).

Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Die Frage nach der Zweckmäßigkeit der Zuständigkeiten für den Einkauf öffentlicher Bedarfsgüter ist nicht einfach zu beantworten. Man kann weder das eine noch das andere Verfahren empfehlen. Die Verhältnisse liegen auch nach Art der Güter und Leistungen, dem Umfang der Aufträge, der Zahl beschaffender Stellen und deren Marktposition wie auch nach Ländern verschieden. Könnte man eine genaue Kostenrechnung aufstellen, so würde der Streit um die beiden Beschaffungsverfahren zu einem einfachen Rechenexempel (S. 86), allein die öffentliche Verwaltung verfügt nicht über eine ausführliche Kostenstellenrechnung. Fricke redet bei aller Skepsis gegen den Zentralismus, der bei der öffentlichen Verwaltung oft bevorzugt wird, einer wohlabgewogenen Mischung der Einkaufsverfahren das Wort. Hier lassen sich bis zu einem gewissen Grade die Vorteile beider Einkaufsverfahren kombinieren und ihre Nachteile vermeiden. Im letzten, dem 5. Kapitel behandelt er diese Zwischenformen des zentralisierten und dezentralisierten Einkaufs, Beschaffungsmethoden, die keinem der beiden Organisationsprinzipien zugeordnet werden können. In den drei vorhergehenden Kapiteln sind Zentralisierung und Dezentralisierung unter einzelwirtschaftlichen und unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten sowie die Stichhaltigkeit der zahlreich vorgetragenen Argumente beider Beschaffungsformen untersucht. Die Argumente pro und contra werden recht gut behandelt. Mehr Beachtung verdienen nach dem Verfasser die einzelwirtschaftlichen Gesichtspunkte, die für eine Zentralisierung des öffentlichen Einkaufs ins Feld geführt werden, da sie fast alle einen richtigen Kern enthielten. Ein Nachweis, daß der zentrale Einkauf stets und unter allen Umständen wirtschaftlicher ist als der dezentrale, wird sich unter den gegebenen Verhältnissen nicht erbringen lassen (S. 82).

Die vorliegende Arbeit, die dem für die Materie interessierten Leser empfohlen werden kann, vermag nach dem Verfasser daher nur allgemeine Anhaltspunkte für die Beurteilung zu geben. Zum Schluß wird darauf hingewiesen, daß die Wirtschaftlichkeit des Einkaufs keineswegs allein von der Organisation des Beschaffungswesens abhängt, sondern auch noch von anderen Faktoren.

In der klaren Darstellung, die aber mehrfach Wiederholungen aufweist, bringt der Verfasser eine ganze Anzahl von Beispielen, in denen vor allem Bundesbahn, Bundespost und Bundesverteidigungsministerium herangezogen werden. Auch der Anhang enthält Muster von Vertrags- und Lieferungsbedingungen. Das Zahlenmaterial ist heute weitgehend überholt. Den Abschluß bilden Literatur-, Namens- und Stichwortverzeichnis.

Bruno Schultz, Berlin

Arnim Gutowski: Wirtschaftliche Weinbaupolitik. Heidelberg 1962.
Quelle & Mayer. 394 S.

Vor dem Hintergrund intensiver Bestrebungen, die Agrarmärkte der EWG, nicht zuletzt den Weinmarkt, zu „ordnen“, gewinnt die vorliegende Untersuchung ungewöhnliche Aktualität. Denn die Frage, um die alle Überlegungen des Verfassers kreisen, ist, wie der deutsche Weinbau agrarpolitisch zu behandeln sei, ob insbesondere eine Schutzpolitik ihm helfen könne. Der Buchtitel verrät schon die Antwort: Der Verfasser hält Anpassungsinterventionen für völlig ausreichend; er meint, „die Zukunft liegt im Freihandel“ (S. 367) auch für den — gemeinhin als besonders schutzbedürftig angesehenen — deutschen Weinbau.

Auf dieses Resultat zielt der Verfasser von Anfang an. Nach der Klärung zweier Vorfragen beginnt er mit einer fast zu ausführlichen Schilderung der Situation des Weinbaues (der Produktion, des Handels, des Verbrauchs) und der Weinbaupolitik in der Welt bzw. in Europa. Dabei bemüht sich der Verfasser hauptsächlich um den Nachweis, daß die vielfältigen Eingriffe in den Weinmarkt keine Lösung der Probleme bringen konnten. Zum gleichen Ergebnis gelangt der Verfasser, wenn er im folgenden Abschnitt eine entsprechende Analyse des deutschen Weinbaues und Weinmarktes sowie der westdeutschen Weinbaupolitik vornimmt. Genauer: Die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit des westdeutschen Weinbaus führt er auf die protektive Weinbaupolitik zurück. Systematischerweise schließt er hieran eine Erörterung der anpassungspolitischen Maßnahmen, die eine „wirtschaftliche Weinpolitik“ ermöglichen, nämlich den deutschen Weinbau nicht nur innerhalb der EWG, sondern auch international wettbewerbsfähig machen können. Seine Grundthese ist, daß der Qualitätsunterschied zwischen deutschem und ausländischem Wein einen höheren Preis für deutschen Wein gestatte und damit die unvermeidlicherweise höheren Produktionskosten in Deutschland nicht den Ruin des deutschen Weinbaues bedeuten würden, sondern der Absatz des deutschen Weins sich halten lasse, wenn mit dem Abbau der Schutzpolitik zugunsten des deutschen Weinbaues die Produktionskosten gesenkt würden (durch Arrondierung und Aufstockung vor allem) und die Vermarktung verbessert werde (vornehmlich durch Erhöhung der Markttransparenz und Rationalisierung der Absatzrichtungen). Diese Aussage bleibt jedoch eine These, weniger deswegen, weil die auch im Ausland vorhandenen Rationalisierungsreserven schwer abzumessen sind, sondern weil die im Gefolge eines gemeinsamen Weinmarktes oder bei Freihandel eintretenden Geschmackswandlungen kaum abgeschätzt werden können. Wenn auf einem solchen Markt die veränderte Präferenz für deutschen Wein eine geringere Preisdifferenz zwischen ihm und den ausländischen Produkten herbeiführt, als der Kostendifferenz entspricht, scheint die Prognose des Verfassers verfehlt. Hier hätte er ansetzen und an Hand von betrieblichen Modellrechnungen zeigen müssen, bei welchen

Preisdifferenzen welche Strukturen im Weinbau optimal sind. Doch dieses Kernproblem einer „wirtschaftlichen Weinbaupolitik“ wird nicht diskutiert. Im weiteren Zusammenhang mit der Frage, wie der deutsche Weinbau wettbewerbsfähig zu machen sei, erörtert der Verfasser auch, ob den betrieblichen Anpassungsprozeß ein — selbstverständlich befristeter — Erziehungsschutz unterstützen könne. Diese Frage wird zwar bejaht, aber es wird nicht überzeugend deutlich, wie vermieden werden kann, daß die Betriebe sich während des Erziehungsschutzes an das Protektionsniveau anpassen (und damit fehl-anpassen). Anbaubeschränkungen und die Bekanntgabe der Befristung des Erziehungsschutzes reichen als Gegenmaßnahmen nicht aus.

Das aber sind Einwände, die nicht darüber hinwegtäuschen dürfen, daß die vorliegende Schrift eine wertvolle Orientierungshilfe zur Beurteilung der heutigen und künftigen Weinbaupolitik bietet. Außerdem ist zu bedenken, daß in Anbetracht des spärlichen Schrifttums über Weinbaupolitik Pionierarbeiten wie diese mit einer anderen Elle zu messen sind, insbesondere keine komplexe Behandlung erwartet werden kann. So gesehen, ist die „wirtschaftliche Weinbaupolitik“ von Gutowski ein beachtlicher Beitrag zur Klärung dieser Probleme.

Hans-Günther Schlotter, Göttingen

Erich Maschke: Grundzüge der deutschen Kartellgeschichte bis 1914. Dortmund 1964. Gesellschaft für Westfälische Wirtschaftsgeschichte. 65 S.

Obgleich gegenwärtig die Bedeutung der Kartelle durch die Aktualität des Konzentrationsproblems überspielt wird, ist eine zusammenfassende Geschichte der deutschen Kartelle nach wie vor von bleibendem Interesse. In den vorliegenden Grundzügen der deutschen Kartellgeschichte bis 1914 zeigt Maschke die historischen, politischen und gesellschaftlichen Komponenten, welche an dem Entstehen der Kartelle maßgebend beteiligt waren: die Motive der Unternehmer, den Einfluß der Konjunkturbewegungen und die Wandlungen der Kartellformen.

Von besonderem Interesse ist die Darstellung, wie die Kartell- und Syndikatbildung von einzelnen Grundstoffindustrien ausging und sich — teilweise unter Druck der kartellierten Lieferanten — auf immer mehr Industriezweige ausdehnte. Hierbei wurde um die Jahrhundertwende, im Gegensatz zu heute, die Ausschaltung des Wettbewerbs, die Anwendung von Macht und das Machtbewußtsein ausdrücklich von den Unternehmern zugegeben. Letztlich wurde eine konsequent durchkartellierte Wirtschaft sogar als wirtschaftspolitische Konzeption angesehen. Wieso diese systematische Kartellierung, welche die Marktordnungsfunktion übernehmen sollte, vom Verfasser als eine „einzigartige organisatorische Leistung“ der Unternehmer angesehen wird, ist allerdings nicht verständlich.

Insgesamt gibt die vorliegende Broschüre durch die Zusammenfassung zahlreicher Untersuchungen über Kartelle einzelner Branchen

— Originalquellen werden bedauerlicherweise nur verhältnismäßig selten herangezogen — einen vielseitigen Überblick über ein bedeutendes Teilstück der deutschen Wirtschaftsgeschichte vor 1914.

Hanjo Lell, z. Zt. Berlin

Siegfried Aufhäuser: An der Schwelle des Zeitalters der Angestellten. Eine wachsende und dynamische Leistungsschicht in Wirtschaft und Verwaltung. Mit einer Rückblende auf die erstmalige, gewerkschaftliche und wissenschaftlich fundierte Stellungnahme zum Angestelltenproblem in der Vorkriegszeit von Max *Ehrhardt*. Berlin 1963. Westliche Berliner Verlagsgesellschaft Heenemann. 139 S.

Der als Gewerkschaftsführer und Politiker gleichermaßen verdienstvolle Verfasser legt ein populärwissenschaftlich gehaltenes und wohl in erster Linie für die Angestellten selbst geschriebenes Buch über ihre Probleme vor. Er verwertet dabei die bekannten Forschungsergebnisse über Strukturwandel, Funktion, Mentalität, Bildungsfreudigkeit, die Daten über gewerkschaftliche Organisation und soziale Sicherung der Angestelltenschaft, setzt sich allerdings sehr heftig gegen Ludwig *Neundörfer* (Gutachten von 1955) „und eine bestimmte Schule deutscher Soziologen“ zur Wehr, „die die Frage nach dem Standort der Angestellten rein negativ beantworten“ (S. 43). Gegen Ergebnisse auf Grund von Arbeitsplatzbewertungen, die in der betrieblichen Funktion vieler Angestellten keinen Unterschied zu derjenigen der Arbeiter sehen, argumentiert Aufhäuser wenig überzeugend, daß man „Bedeutung und Qualifikation des einzelnen Angestellten in seiner Teilarbeit am täglichen Arbeitsplatz partiell“ allein nicht messen darf (S. 46). Sätze wie „Der Begriff der Angestelltenschaft ist eine Einheit, die sich nicht zerlegen läßt, ohne die gesamtwirtschaftliche Aufgabe dieser Berufsgruppen zu verwischen“ (S. 46) verschleiern mehr, als sie klären. Aufhäuser sieht in der „Gesamtfunktion der Angestellten“ ein konstitutives Merkmal der Standortumschreibung der Angestellten (S. 54). Aber eine solche „Gesamtfunktion“ haben auch Arbeiter, Beamte, freie Berufe und Unternehmer.

Andererseits behauptet Aufhäuser auch nicht, daß „die Angestellten von heute noch Unternehmensgehilfen geblieben sind“ wie vor 100 Jahren (S. 47). Er verschließt sich nicht der Erkenntnis, daß zwischen ausführenden und konstruktiv tätigen Angestellten Unterschiede bestehen, möchte wohl aber daraus im Hinblick auf die gewerkschaftliche Solidarität keine Folgerungen ziehen. Aber unterschiedliche betriebliche Funktionen und gewerkschaftliche Solidarität schließen einander nicht aus — das gilt ebenso für das Verhältnis zur Arbeiterschaft.

Die Rückblende von Max *Ehrhardt* bringt im wesentlichen Auszüge aus den Referaten von Emil *Lederer* und Otto *Suhr* über die Bedeutung der Angestellten auf dem Afa-Kongreß von 1928. Die scharfsinnigen Analysen von damals sind auch heute noch gültig.

Rochus Castner, Nürnberg

Wilhelm Wernet: *Handwerk in moderner Sicht*. (Bd. 13 der Forschungsberichte aus dem Handwerk). München 1965. Handwerks-wissenschaftliches Institut Münster. 192 S.

Der vorliegende Band enthält eine Auswahl von Abhandlungen und Vorträgen des Verfassers aus den Jahren 1950 bis 1965. Eine erste Gruppe der Beiträge befaßt sich mit der Grundlegung einer wissenschaftlichen Lehre vom Handwerk. Hier werden die Ergebnisse der wissenschaftlichen Erforschung des Handwerks und seiner Wandlungen in der Gegenwart einer kritischen Prüfung unterzogen. Ob es um die heutige Position des personalen und dezentralen Wirtschaftens oder um die zeitgemäße Bewertung des selbständigen Gewerbes geht, immer stehen die charakteristischen Merkmale handwerklicher Wirtschaftsweise — Personalität, Individualität und Lokalität — im Mittelpunkt, wobei das Prinzip der Personalität „alle Lebensäußerungen trägt und formt“ (S. 27) und, wie der Verfasser lehrt, dem modernen Instrumentalismus und Ökonomismus keineswegs unterlegen ist. Gerade die Wandlung des Handwerks, seine zunehmende Differenzierung, die „Herausformung handwerkender Menschen anderer Prägung“, läßt das personale Prinzip des Wirtschaftens an vielen Stellen wieder aufleben.

Die zweite Gruppe der Abhandlungen steht unter der Überschrift „Beruf und Stand“. Hier wird die soziologische Einordnung des Handwerks erörtert, die Standesgemeinschaft einer Gruppe, die alle Kulturen der Welt mit geprägt hat, und schließlich gilt ein wichtiger Beitrag den Problemen der Berufsordnung, Selbstverwaltung und Mitbestimmung im Handwerk.

Hier anknüpfend beginnt der 3. Abschnitt „Handwerkspolitik“ mit dem Abdruck eines Vortrages über die Grundzüge der modernen Handwerkspolitik, der nach einer kurzen Schilderung der geschichtlichen Entwicklung auf die aktuellen Fragen der Handwerkspolitik eingeht. Der Erhaltung und Eingliederung des Handwerks in das Strukturgefüge der modernen Wirtschaft gelten die folgenden Betrachtungen, die ebenso viele interessante Feststellungen enthalten wie der abschließende Bericht über die Möglichkeiten und Aufgaben des Handwerks in der Berufserziehung und -bildung der Jugend.

Zu allen in den Abhandlungen und Vorträgen angeschnittenen Themenkreisen werden vom Verfasser weitere Quellen aus eigener Feder genannt, doch schon die vorliegende Zusammenstellung dürfte den Autor als profunden Kenner seines Fachgebietes ausweisen und jedem, der sich für Fragen des Handwerks interessiert, eine Fülle von Einsichten und Kenntnissen vermitteln.

Harald Winkel, Mainz